

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich

ZEITENWENDE

Bildung an den Realitäten ausrichten!
Der VDR stellt sich neu auf.

22 „AKADEMISIERUNGSWAHN BRINGT UNS NICHT WEITER“
Jürgen Böhm im Gespräch mit dem Didacta-Magazin

29 UKRAINISCHE FLÜCHTLINGE IM DEUTSCHEN SCHULSYSTEM
Aufnahme, Verteilung und Beschulung der ukrainischen Schülerinnen und Schüler

41 ÜBERZEUGEND IM KAMPF GEGEN RASSISMUS, GEWALT UND FASCHISMUS
VDR-Vertreter Werner Hillen ausgezeichnet



6 Der Bundesrealschultag läutet eine Zeitenwende ein.



27 Deutschland im Akademisierungswahn



29 Ukrainische Kinder kommen an den Schulen an

EDITORIAL 4

SCHWERPUNKT-THEMA

Dossier: Nachlese zum 25. Bundesrealschultag 2022 in Mannheim 6

„AKADEMISIERUNGSWAHN BRINGT UNS NICHT WEITER“

Jürgen Böhm im Gespräch mit dem Didacta-Magazin 22

VERANSTALTUNGSTIPPS AUF DER DIDACTA 23

DEUTSCHLAND IM AKADEMISIERUNGSWAHN

Prof. Dr. Hans Peter Klein über immer mehr Abiturienten, immer weniger Spitzennoten – und immer weniger Niveau 24

CORONA-KRISE VERSCHÄRFT DEN FACHKRÄFTEMANGEL

Immer mehr Ausbildungsplätze in Deutschland bleiben unbesetzt 27

UKRAINISCHE FLÜCHTLINGE IM DEUTSCHEN SCHULSYSTEM EINE ÜBERSICHT

Aufnahme, Verteilung und Beschulung der ukrainischen Schüler 29

VDR-LÄNDERSPIEGEL 32

AUS DEN LÄNDERN

Nordrhein-Westfalen: „Ich verdiene A13“ 34

Saarland: VRB Saarland fordert Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung wegen Pandemie und Ukraine-Krieg 35

Baden-Württemberg: Starke Realschule. Starkes Land. Gefährdet Baden-Württemberg sein Erfolgsmodell? 35

Niedersachsen: Thorsten Neumann zum Landesvorsitzenden gewählt 37

Sachsen-Anhalt: Sekundarschule in Schkopau kürt Gewinnerin des Vorlesewettbewerbs. Doch gewonnen haben eigentlich alle 37

Foto auf Seite 1: Adobe Stock

DIE SENIORENVERTRETUNG DES VDR WIEDER IN AKTION
Nach zwei Jahre erstmals wieder Präsenz-Seminar in Königswinter 38

ÜBERZEUGEND IM KAMPF GEGEN RASSISMUS, GEWALT UND FASCHISMUS
VDR Vertreter Werner Hillen ausgezeichnet 41

TIPPS, TERMINE, TAGUNGEN 42

IMPRESSUM 43

Redaktions- und Anzeigenschluss für die Ausgabe 3–4/2022 ist der 24. September 2022



38 Die Seniorenvertretung tagt in Königswinter

Anzeige

Die Debeka-Gruppe

TRADITIONELL GUT ABGESICHERT

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de

Debeka

Das **Füreinander** zählt.



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

Die Zeichen der Zeit stehen auf Zeitenwende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzten vier Jahre in der Bildungspolitik waren geprägt von Veränderungen, Herausforderungen und Anstrengung. Seit den Wahlen auf dem 24. Bundesrealschultag in Mainz sahen und sehen sich die Landesbünde des Verbands Deutscher Realschullehrer vor Aufgaben sowohl in ihrer Verbandsarbeit als auch vor Ort an den Schulen gestellt, die sich niemand hätte ausdenken können.

Bereits 2015 – mit der Flüchtlingswelle aus Syrien – wurde unser Land vor neue und ungeahnte Schwierigkeiten gestellt, die es zu meistern galt. Die Schulfamilien der Realschule und Sekundarschulen in Deutschland zeigten sich solidarisch und überwandene Probleme und Fragen, die sich damals ergaben. Die Landtagswahlen in den Ländern Bayern im Herbst 2018, in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Jahr 2019, in Baden-Württemberg und im Saarland läuteten mancherorts neue Entwicklungen ein, die unsere Landesbünde vor neue Konstellationen und Koalitionen stellten und bis heute viel Fingerspitzengefühl bei so manchen Verhandlungen im Bildungsbereich verlangen.

Bereits im März 2020 forderte uns alle die weltweite Pandemie, die ungeahnte Ausmaße annahm und alle bisherigen Aufgaben in der Bildung und in der Bildungspolitik in den Schatten stellte. Wie durch ein Brennglas sah man nun Fehlentwicklungen und Versäumnisse an Schulen, besonders im Bereich der Digitalisierung so deutlich, wie es sich niemand gewünscht hätte. Mit unserer Forderung als Bundesverband nach Schulschließungen im März 2020 waren wir der erste Lehrerverband, der sich seiner Fürsorgepflicht gegenüber Lehrkräften und der gesamten Schülerschaft bewusst war. Dass wir bis heute nicht Herr der Lage sind, hätte niemand vermuten können. Von „Maske auf“ bis „Maske ab“, von der Umfunktionierung von Schulen zu Testzentren, von Schulschließungen mit Distanzunterricht über Lüftungsaktionen im Klassenzimmer mit und ohne Lüftungsanlagen bei Arbeitstemperaturen unter 16 Grad bis hin zur völligen Resignation und Kapitulation der Regierungen im Kampf gegen ein Virus erlebten die Schulen nie dagewesene akute und rasante Entwicklungen, die alle an den Rand des Machbaren brachten.

Abgelöst wurden die vielen Sorgen und Bedenken der Pandemie durch den schrecklichen

Krieg Russlands gegen die Ukraine, der uns in Deutschland viele Mütter mit ihren Kindern als Flüchtlinge brachte und weiter bringen wird. Dass diese Flüchtlingswelle nicht mit der von 2015 zu vergleichen ist, wurde schnell klar. Die Vaterlandsliebe und die Angst um ihr Land und besonders um ihre kämpfenden Männer in der Heimat wird die Menschen nicht auf immer in Deutschland halten. Es bleibt für sie zu hoffen, dass in der Ukraine schnell eine diplomatische Lösung gefunden wird.

Was die letzten Jahre deutlich wurde, ist, dass Veränderungen und Herausforderungen niemals enden. Besonders in der Bildungspolitik werden wir uns also auch in den kommenden Jahren mit den letztjährigen Entwicklungen auseinandersetzen müssen und Wege finden, diese erfolgreich zu meistern und zu überwinden versuchen.

Mit dem 25. Bundesrealschultag in Mannheim und den damit verbundenen Neuwahlen haben wir unseren Verband auf stabile und zukunftsorientierte Beine gestellt. Gemeinsam und zusammen werden wir mit unseren Landesbünden stark und gut gegen die weiteren Herausforderungen gewappnet sein und uns mit ihnen weiterhin für unsere Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen der Bildungs- und Schulpolitik einsetzen.

Ihre Waltraud Eder, neue Chefredakteurin der Bildung Real – der Zeitschrift von allen für alle.

www.vdr-bund.de

Anzeige

SAMSUNG

Weil Wissen die Welt verändert

Mit Samsung Flip smart lernen: digital und interaktiv. Mit verschiedenen Farben, Schriften und Stiftbreiten schreibt es sich fast wie auf Papier. Inhalte sind jederzeit teilbar – für eine lebendige digitale und hybride Zusammenarbeit. Auch auf den klassischen großformatigen UHD-Displays werden Inhalte erlebbar und Mitschriften können darauf von kompatiblen mobilen Endgeräten angezeigt werden. So gibt es für unterschiedliche Lehr- und Lernsituationen das passende Modell.



Mehr Informationen und individuelle Beratung finden Sie direkt über den QR-Code.



Flip

BILDUNG.

REAL.

SCHULE.

Der VDR stellt sich neu auf – 25. Bundesrealschultag in Mannheim

Pandemie lässt den 25. Bundesrealschultag in Mannheim schließlich stattfinden

NACHLESE ZUM 25. BUNDESREALSCHULTAG 2022 IN MANNHEIM

7 Der VDR stellt sich neu auf – 25. Bundesrealschultag in Mannheim

8 Im Audimax legt der VDR die Weichen für die Zukunft

10 Delegation der VDR-Landesvorsitzenden bei Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz

11 Rede des Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm: „Für eine Zeitenwende in der deutschen Bildungspolitik“

14 Impressionen der Festveranstaltung

16 Dr. Jens Brandenburg: „Wir haben hoch engagierte Lehrkräfte“

17 Silberbach zur Betreuung von Geflüchteten: „Schulen brauchen mehr Unterstützung“

18 Der VDR aus der Perspektive des Nordens

20 Die neuen Vorstandsmitglieder stellen sich vor



Der Bundesrealschultag 2022 in Mannheim fordert eine Zeitenwende in der Schullandschaft mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland und wendet sich gegen alle Bestrebungen der Vereinheitlichungen, der Gleichmacherei und Leistungsegalisierung der Bildungswege.

101 Delegierte diskutierten 101 Anträge und stellten den Verband für die nächsten vier Jahre mit Zielen, Ideen und Vorhaben für die Zukunft auf.

Zentrale Forderung der Delegiertenversammlung war eine Zeitenwende in der Schullandschaft mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland. Insbesondere sollen alle Bestrebungen der Vereinheitlichungen, der Gleichmacherei und Leistungsegalisierung der Bildungswege abgelehnt werden.

Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität der Bildung in Deutschland den notwendigen Anforderungen der realen Gegenwart nicht entsprechen. Angesichts des Verlustes an Bildungsqualität in Deutschland muss die Politik endlich in der Realität ankommen.

Schulstrukturexperimente sind gescheitert und haben die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt, Fehlanreize gesetzt, Schulabschlüsse entwertet, Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen und mit einer fatalen Fehlsteuerung zu einem extremen Fachkräftemangel geführt.

Die Realität erfordert ein Umdenken hin zu mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen:

- Junge Menschen wollen ihre Individualität und Unterschiedlichkeit aus- und erleben.



Der scheidende geschäftsführende Vorstand verabschiedet sich.

- Junge Menschen wollen Leistungsanreize.
- Junge Menschen wollen auf die Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet werden.
- Junge Menschen wollen demokratische Freiheiten erproben und Lebensziele auf unterschiedlichem Weg erreichen.
- Junge Menschen wollen echte Wahlfreiheit in ihrer Bildungsbiografie und fordern zurecht Bildungsbeteiligung ein.

Mehr Bildung – Mehr Realität – Mehr Schule!

Realschule und mehr!

Vielfalt in Freiheit!

Waltraud Eder

Im Rahmen der Delegiertentagung fanden auch die Neuwahlen des Verbandes statt. Jürgen Böhm wurde als Bundesvorsitzender bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Bernd Bischoff aus Bayern, Sven Christoffer aus Nordrhein-Westfalen und Dirk Meußner aus Schleswig-Holstein gewählt. Neuer Schatzmeister wurde Ingo Lürbke (Nordrhein-Westfalen). Waltraud Eder aus Bayern erhielt weiterhin das Vertrauen für die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich fortan auch um die Verbandszeitschrift. Gewählte Schriftführerin ist Anna Katharina Müller aus Sachsen-Anhalt.

Auf Seiten 20 und 21 stellen wir Ihnen die neuen Mitglieder vor.

BILDUNG.

REAL.

SCHULE.



Der Bundesvorsitzende stellt den Tätigkeitsbericht vor.

Der Wahlausschuss nimmt die Arbeit auf.

Im Audimax legt der VDR die Weichen für die Zukunft

Hörsaal. Der Name des Raumes, in dem die internen Beratungen des 25. Bundesrealschultages stattfanden, war Programm. 101 anwesende und stimmberechtigte Delegierte fühlten sich an ihre Zeit an der Uni zurückversetzt und so fanden die formalen Entscheidungen des Delegiertentags in Arbeitsatmosphäre statt.

Nach Begrüßung und Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm stellte Bundesgeschäftsführer Ralf Neugschwender die Beschlussfähigkeit fest. Auf Vorschlag des ausrichtenden Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg wurde ein Präsidium gewählt. Andreas Kuhn führte als Versammlungsleiter souverän und unaufgeregt durch die Tagesordnung. Ihm zur Seite standen Bettina Bochtler und Anton Blank sowie Ralf Merkle und Florian Gantner als Protokollanten. Den Wahlausschuss leitete Marlon Lamour zusammen mit Prof. Dr. Konrad Fees und Michael Eich, der aus Rheinland-Pfalz unterstützte.

Eine erste „Vorlesung“ im Hörsaal folgte durch den Tätigkeitsbericht des Geschäftsführenden Vorstand, den Jürgen Böhm darlegte. Aufmerksam folgten die Delegierten den vie-

len Aktionen, Veranstaltungen und Initiativen, die der Vorstand des VDR in den letzten vier Jahren auf die Beine gestellt hatte.

Der Kassenbericht, den der scheidende Bundesschatzmeister Ulrich Brambach vortrug, zeigte auf, dass es gelungen war durch vielfältige Einsparmaßnahmen sowie das Engagement der wirtschaftlichen Partner des VDR dem neuen Vorstand eine tragfähige finanzielle Basis zu übergeben. Die Kassenprüfer Karsten Vitz und Jakob Pritscher bescheinigten eine ordentliche Kassenführung und beantragten die Entlastung. Die Delegierten entlasteten sowohl den geschäftsführenden Vorstand als auch den Schatzmeister. Auch ein Haushaltsvoranschlag sowie die Haushaltssatzung für die nächste Legislatur erhielt die Zustimmung der Delegierten.

Anschließend wurden kleinere Änderungen in der Satzung beschlossen, sodass der geschäftsführende Vorstand des VDR auf sieben Personen verkleinert wurde, die Jugendvertretung des VDR sich künftig eigenständig organisiert und die Vorsitzenden der Querschnittsorganisationen der Frauen, Senioren und der Jugend als feste Delegierte gesetzt sind. Nach der Wahl des neuen geschäftsführenden Vorstandes verabschiedete der Bundesvorsitzende die auscheidenden Vorstandsmitglieder.

Über zwei Tage hinweg nahmen die Antragsberatungen einen breiten Raum innerhalb der Delegiertentagung ein. Dabei zeigte sich: Von Nord nach Süd oder von West nach Ost standen vielfach ähnliche Themenfelder im Mittelpunkt. So unterschiedlich das Schulsystem in den verschiedenen Bundesländern auch sein mag, die Delegierten waren sich in der Zielrichtung weitgehend einig und so wurden viele Anträge ohne Aussprache und einstimmig beschlossen. Auch billigten die Delegierten auf Antrag des geschäftsführenden Vorstandes einen Dringlichkeitsantrag, der eine Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland einfordert.

Nach den Schlussworten durch den Vorsitzenden zollten die Delegierten ihren Beifall für eine gelungene Veranstaltung in den Sitzreihen – ganz studentischer Brauch – durch das Klopfen auf die Pulte.

Ralf Neugschwender

Bild oben links: Bundesgeschäftsführer Ralf Neugschwender stellt die Beschlussfähigkeit fest; Bild oben rechts: Stellvertreter Dirk Meußner stellt sich erneut zur Wahl; Bild mitte: Die Wahlhelfer beim Auszählen: Prof. Dr. Konrad Fees, Marlon Lamour und Michael Eich (v.l.n.r.); Bild unten links: Protokollführer und Präsidium; Bild unten rechts: Waltraud Eder stellt sich vor (Fotos: Thomas Henne)



VDR-Delegation der Landesvorsitzenden in Mannheim

Vorstellung bei Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz

Die Delegation des Bundesvorstands des Deutschen Real-
schullehrerverbands stellt sich am Vortag der Neuwahlen
bei Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz vor.

Mannheims Oberbürgermeister war früher
Bildungsdezernent und wurde 2021 von
der City Majors Foundation in London
zum Weltbürgermeister ausgezeichnet.

Als wesentliche Aufgaben sieht er für sich
die Bildung und die Betreuung von Schü-
lerinnen und Schülern an den Schulen.
Eine funktionierende Ganztagsbetreuung
sieht er als besonders wichtig an. In einer
sehr schnell wachsenden Stadt mit einem
Migrationsanteil von etwa sechzig Prozent
an den Schulen ist dies für die Stadt eine
besondere Herausforderung. So empfand
Peter Kurz als Sozialdemokrat die Schaf-
fung eines dreigliedrigen Schulsystems als
wichtigen Schritt, musste sich aber dann
einem daraus resultierenden sechsglied-
rigen Schulsystem gegenübersehen. Eine
Entwicklung, die ihn ernüchterte.

Als Herausforderungen sieht Kurz den
Fachkräftemangel, eine funktionierende

Digitalisierung, die
schwer ohne eben-
diese Fachkräfte
umzusetzen ist, die
Gleichwertigkeit
von akademischer
und beruflicher
Bildung und die
Gewinnung von
Lehrkräften. Der
Bundesvorsitzen-
de Jürgen Böhm
beglückwünschte
den Oberbürger-
meister zu der
Erkenntnis, dass
ein vielgliedriges
Schulsystem die
Lösung und Antwort
in der Bildungsland-
schaft sein muss. In
den vergangenen
Jahren hätte es bun-
desweit viele Schul-
reformen, die nicht
zu den gewünschten



Verbandsvorsitzender Jürgen Böhm und
Oberbürgermeister der Stadt Mannheim Dr. Peter Kurz (re.)

Erfolgen gegeben hätten. Auch Böhm
sieht die größten Herausforderungen
in der Bildung in der Digitalisierung
und in der Fachkräftegewinnung und
verwies auf die Zukunftswendesituation,
der sich Deutschland gegenüber sieht.
Man müsse sich auf die Realitäten be-
sinnen, die man vorfände und verwies
auf den Leitantrag der Bundesdelegiertentagung.
Mit den Krisensituationen, der Pandemie
und einem Krieg in Europa, sieht sich
Deutschland konfrontiert.

Böhm bat Dr. Kurz die Sinnhaftigkeit
von Bildung zu beachten, eine realistische
Chancengerechtigkeit in der Bildung
zu schaffen und sich als frühere Residenz-
stadt, als Stadt der Dichter und Denker
und als Stadt der Lokomotive „Adler“
weiterhin für die Zukunft aufzustellen.



Die Delegation des Bundesvorstands zu Besuch im Rathaus der Stadt Mannheim

Zusammenfassung der Rede des Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm

„Für eine Zeitenwende in der deutschen Bildungspolitik“

Zum 25. Male trafen sich Anfang April Pädagoginnen und Pädagogen aus allen
Teilen Deutschlands in Mannheim, um über die Weiterentwicklung und die
Anforderungen an das Bildungswesen in Deutschland zu debattieren.

Das Motto: Mehr Bildung! Mehr Realität!
Mehr Schule! Bereits 1950, als der 1. Bun-
desrealschultag in Köln stattfand – ein Jahr
nach der Gründung der jungen Bundesre-
publik, fünf Jahre nach der Beendigung
der Katastrophe des 2. Weltkrieges –
hätte das Motto von 2022 bereits gepasst.

Auf der einen Seite der Weltkugel (vor
dem Eisernen Vorhang) stand damals real,
die Idee der Freiheit, der individuellen Ent-
wicklung, der Entfaltung der Persönlich-
keit – und auf der anderen Seite des Glo-
bus, die der ideologischen Vorgabe von
Lebenswegen, der Diktatur eines schein-
baren Ideals, das die Welt vereinheitlicht,
scheinbare Gleichheit vor Freiheit.

Zwei Vorstellungen von Gesellschaft,
Wirtschaft und Bildung standen sich 1950
unversöhnlich gegenüber – bis 1989/90
friedliche Revolutionen in Deutschland
und Europa die Diktatoren vom Tisch
wischten. Wir glaubten, das Ende der
Geschichte sei erreicht, wie es der ame-
rikanische Historiker Francis Fukuyama
in einem 1989 veröffentlichten Artikel
in der Zeitschrift „The National Interest“
und in seinem 1992 erschienenen Buch
mit dem Titel „The End of History and the
Last Man“ behauptete. Fukuyama vertrat
die These, dass sich nach dem Zusam-
menbruch der UdSSR und der von ihr
abhängigen sozialistischen Staaten bald
die Prinzipien des Liberalismus in Form
von Demokratie und Marktwirtschaft
endgültig und überall „durchsetzen wür-
den. Die Demokratie habe sich deshalb
als Ordnungsmodell durchgesetzt, weil

sie das menschliche Bedürfnis nach sozi-
aler Anerkennung relativ gesehen besser
befriedige als alle anderen Systeme. Mit
dem Sieg dieses Modells ende der Kampf
um Anerkennung und es entfalle das An-
triebsmoment der Geschichte.

Teilweise entfiel wohl in den letzten 30
Jahren auch das Antriebsmoment zu glau-
ben, dass zum Erhalt der Freiheit, Bildung,
Leistung und Individualität gehören. Sehr
leichtfertig hechelte man teilweise ideo-
logischen Bildungsphantasien hinterher.
„Abitur für alle“ – titelte etwa eine Partei
zum Bundestagswahlkampf 2005.

Was ist uns die Freiheit wert?

Wir konnten es uns nicht mehr vorstellen,
dass die demokratische Grundordnung in
Europa jemals wieder erschüttert oder in
Frage gestellt werden kann. Trotz der Bal-
kankriege der 90er Jahre und der zuneh-
menden Aggressionen autoritär geführter
Staaten im Nahen Osten, in der Kauka-
susregion und in Mittel- und Ostasien,
wurden die Zeichen der Unfreiheit und
Diktatur auch von uns Deutschen gern
übersehen. Sicherungssysteme zur Vertei-
digung unserer Freiheit, wie die Bundes-
wehr, wurden vernachlässigt und oft spiel-
te die Wunschvorstellung von gefühlter
Sicherheit und scheinbar unverzichtbarer
wirtschaftlicher Erweiterung und Globali-
sierung die entscheidende Rolle.

Bis hin zur Energiepolitik verließ man sich
bis zum Ende der Illusion auf lupenreine
Autokraten, machte gerne gute Geschäf-
te und sonnte sich in der Zufriedenheit,
ja nur von Freunden „umzingelt“ zu sein.

Nun scheint die Zeit des Imperialismus
zurück – „Putin-Russland“ versucht sich
in der Wiederherstellung eines russisch
dominierten „Neu-Sowjetreiches“ in den
Grenzen von 1989(?), 1945(?), 1914 (?)
und China steht schon in den Startlöchern
zum „Sprung“ nach Taiwan.

Und die Ampelkoalition inklusive des neu-
en Kanzlers und der Koalitionspartner
muss nun von lieb gewonnenen Narrati-
ven in der Sicherheitspolitik, in der Ener-
giepolitik und auch in der Finanzpolitik
Abschied nehmen.

Auf die Bildung im Land wird das Auswir-
kungen haben. Jungen Menschen muss
der Wert der Freiheit wieder klar vor Au-
gen geführt werden, der Wert der indivi-
duellen Entwicklung. Nicht die ideologi-
sierte Gleichheit zählt, sondern Freiheit
der Entscheidung! Hatten wir es eventu-
ell schon vergessen oder dem scheinbaren
Luxus der globalen Märkte geopfert? Wir
sind sehr brutal aufgerüttelt worden und
in der harten Realität der Angriffe auf un-
ser demokratisches System aufgewacht.
Wir können nicht wegschauen, es nicht
ignorieren und uns nicht freikaufen. An-
gesichts Tausender Toter, Millionen von
Flüchtlings in Europa, dem Angriff auf
unser europäisches Haus mit Millionen
von zerstörten Biographien müssen wir
handeln und Farbe bekennen. Nicht nur in
den Schulen!

Wir müssen helfen – und wir werden hel-
fen! Solidarität mit einem freien Land – wir
müssen mit der freien Ukraine die Freiheit
von uns allen verteidigen. Am 27. Februar
bezeichnete es Kanzler Scholz im Bundes-
tag als Zeitenwende – und es darf defi-
nitiv nicht das Ende der Geschichte sein.

BILDUNG. REAL. SCHULE.

Bildung. Real. Schule.

Brauchen wir eine solche Zeitenwende nicht auch in der Bildungspolitik oder besser in unserem Verständnis von Bildung?

Ja, wir müssen die Bildung in unserem Land wieder an den Realitäten ausrichten! Nein, es gibt keine Königsweg in der Bildung! Nein, es gibt keine minderwertigen oder zu vernachlässigende Schulabschlüsse! Nein, die Akademisierung der Gesellschaft ist nicht die Lösung.

Und nein, eine Schule für alle ist ein Fehlversprechen – ideologisiert und monetarisiert, dass nie zum Ziel führen kann. Bildung steht als Begriff oder in Zusammensetzungen fast zweihundert Mal im Koalitionsvertrag der Ampel vom Herbst 2021 – scheinbar ist angekommen, dass wir gerade in der Bildung einiges versäumt haben.

Wir jammern über zu lange Ausbildungszeiten, wir jammern über zu wenig Interesse an der dualen Berufsausbildung, jammern über den Fachkräftemangel, fehlende Bewerber im öffentlichen Dienst und wir schaffen es einfach nicht, allen Jugendlichen einen qualitativen, allgemeinbildenden Schulabschluss zu ermöglichen. Und ich meine dabei alle drei Abschlüsse die in Deutschland erreicht werden können – den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und das Abitur! (alle drei wichtig – in der öffentlichen Darstellung kommt oft leider nur das Abitur vor ...). Wir haben differenzierte und berufliche Bildungswege schlecht geredet oder abqualifiziert – den Menschen in unserem Land wurde die Lösung aller Probleme in der Akademisierung versprochen.

Die realen Zahlen sprechen eine andere Sprache – Stichwort Fachkräftemangel, Generation Praktikum, enttäuschte Jungakademiker mit unerwartet niedrigen Einkommen, babylonisches Studiengangswirrwarr ... Wir dürfen in der Bildung keine Wege erzeugen, die von Fehlanreizen und Umwegen gekennzeichnet sind. Nicht erst im Alter von zwanzig Jahren sollte eine duale Berufsausbildung beginnen

und nicht erst mit 35 sollte ein Studium beendet werden – das geht an der Realität vorbei und wird unsere freie Gesellschaft nicht stärken. Talente werden auf verschiedenen, differenzierten Wegen gefördert und motiviert. Leistung muss wieder ein klares Kriterium für Bildung werden und Leistung kann nicht einfach wegdiskutiert werden – Abschlüsse und Übertritte können nicht nach Quote, ohne Leistung und nur mit „gutem Willen“ erfolgen. Wir verzeichnen zu viele Abbrüche in den akademischen Studiengängen und in der dualen Berufsausbildung. 75 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg und Bayern sprechen sich eindeutig für die Realschulbildung und die Realschule aus. Das sind aktuelle Zahlen einer IN-SA-Umfrage aus dem Herbst 2021. Mittlerweile traut die Bevölkerung nicht mehr den Gleichheitsversprechen und der Einnebnung der Bildungsgänge. Man hat es sich in den vergangenen Jahren zu leicht gemacht, hat den Rotstift angesetzt, hat Einheits- oder Gemeinschaftsschulen geschaffen und Schulabschlüsse versprochen, die nie erreicht wurden oder nie die Qualität darstellten, die man gebraucht hätte oder jetzt so dringend benötigt.

Ideologisierte Diskussionen beenden!

Jegliche Versuche und Versuchungen zur Schwächung oder Umstrukturierung der starken Realschulen im Land müssen verhindert werden! Das Grußwort des baden-württembergischen Ministerpräsidenten an den 25. Bundesrealschultag lässt jedenfalls aufhorchen und sollte das weitere Handeln bestimmen. Ich zitiere Winfried Kretschmann: „Die Realschulen gehören zweifellos zu den tragenden Säulen unseres Bildungssystems. Bildhaft gesprochen sind sie in der Mitte verortet, als eine Schulform, die junge Menschen sowohl auf eine Berufsausbildung als auch auf eine weiterführende Studienqualifizierung vorbereitet. Sie haben damit ihren festen Platz in einem vielgliedrigen Schulsystem, das ermöglichen soll, die Vielfalt der Talente zu fördern. Denn wir stehen

in der Pflicht, unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ein erfolgreiches Berufsleben vorzubereiten.“

Ich kann jedes Wort nur unterschreiben und verstehe vor diesem Hintergrund die Diskussion in diesem Land seit 2011 überhaupt nicht! Bereits im Jahr 2018 hat eine Forsa-Studie festgestellt, dass die Menschen in Schleswig-Holstein zu 66 Prozent die Abschaffung der Realschulen im Land als Fehler betrachten und dadurch die Bildungsqualität in Schleswig-Holstein schwächen. Dieses Beispiel zeigt: die Fakten sprechen für sich, doch man orientierte und orientiert sich weiterhin an ideologisierten, träumerischen Heilsvorgaben, dass Bildung ohne Leistung, ohne Noten, ohne Differenzierung, ohne Bezug zur Realität funktionieren.

Starke differenzierte Bildung für eine starke Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft

Es bedarf einer Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland. Insbesondere sind alle Bestrebungen der Vereinheitlichungen, der Gleichmacherei und Leistungsegalisierung der Bildungswege abzulehnen.

Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität der Bildung in Deutschland den notwendigen Anforderungen der realen Gegenwart nicht entsprechen. Angesichts des Verlustes an Bildungsqualität in Deutschland muss die Politik endlich in der Realität ankommen.

Schulstrukturexperimente sind gescheitert und haben die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt, Fehlanreize gesetzt, Schulabschlüsse entwertet, Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen und mit einer fatalen Fehlsteuerung zu einem extremen Fachkräftemangel geführt.

Bildung an den realen Bedürfnissen junger Menschen ausrichten

Die Realität erfordert ein Umdenken hin zu mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen: Junge Menschen wollen ihre Individualität und Unterschiedlichkeit aus- und erleben.

- Junge Menschen wollen Leistungsanreize.
- Junge Menschen wollen auf die Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet werden.
- Junge Menschen wollen demokratische Freiheiten erproben – Lebensziele auf unterschiedlichem Weg erreichen.
- Junge Menschen wollen echte Wahlfreiheit in ihrer Bildungsbiografie und fordern zurecht Bildungsbeteiligung ein.

Dazu müssen die Rahmenbedingungen an unseren Schulen im Land verbessert werden. Es ist unverantwortlich, dass die Lehrerausbildung ein Schattendasein an den Universitäten fristet und die Qualitätsoffensive Lehrerbildung des Bundes völlig unterfinanziert ist.

Es ist unverantwortlich, dass der Beamtenstatus der Lehrkräfte so lange diskutiert werden musste, bis jetzt selbst das Land Berlin diesen wieder umsetzen muss.

Ich verweise auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes Professor Voßkuhle, der bei seiner Urteilsbegründung am 18. Juni 2018 in Karlsruhe klar herausstellte: „Schule und Bildung sind eindeutig hoheitliche Aufgaben!“

Mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen!

Es war unverantwortlich in den vergangenen Jahren von einer demographischen Rendite im Bildungsbereich zu sprechen und den entsprechenden Lehrkräftenachwuchs nicht zu generieren – entsprechende Anreize für das Lehramt zu schaffen. Der Lehrkräftemangel trat nicht nur in der Coronakrise zu Tage, er verstärkt sich nun bei der Aufgabe Tausende von ukrainischen Kindern in den Schulen aufzufan-



gen. Wir haben keine personellen Ressourcen an unseren Schulen und on top geht es einfach nicht mehr!

Seit Jahren fordern wir eine bessere Personalausstattung der Schulen mit einer integrierten Lehrerreserve, um genau die von uns differenzierte Bildung qualitativ umzusetzen.

Es war und ist unverantwortlich Lehrkräfte nicht mit der Einstiegsbesoldung A13 auszustatten – und wir unterstützen ausdrücklich die Initiative unseres Landesverbandes lehrernrw, gerade um die Eingangsbesoldung A13 zu kämpfen. Wir fordern diese Anpassung der Besoldung natürlich auch für unsere Kollegen an den Realschulen und Oberschulen in Niedersachsen und an den anderen differenzierten Schularten in den Bundesländern.

Es war unverantwortlich, dass Unternehmensberatungen wie McKinsey in den vergangenen Jahren über die Effizienz von Schule bestimmten und Renditen errechneten. Wer an der Bildung spart, der spart das demokratische Gemeinwesen unsere freie Gesellschaft kaputt.

Es war unverantwortlich, dass teure bezahlte Gutachten, wie die der Bertelsmann-Stiftung mit ideologisierten Bildungsansätzen und falschen Anleihen an internationale Bildungsvergleichen, differenzierte Strukturen in Deutschland verteuerten und den gesamten Bereich der beruflichen Bildung einfach abqualifizierten. Bildungsverlierer wurden definiert, wenn ein Kind aus einer Akademikerfamilie keinen akademischen, sondern einen beruflich-fachlichen Weg einschlägt. Völlig unrealistisch und akademisch abgehoben! Genau das diskreditiert die Vielfalt der Bildung, erzeugt Frustrationen – und

führt zu den Fehlentwicklungen wie Fachkräftemangel, Demotivation und Qualitätsabbau.

Wir brauchen wieder klare Inhalte in der Bildung und eine Ausrichtung am realen gesellschaftlichen Leben. Neben den Kernfächern, die wir nicht verwässern oder in Kombifächern verhüllen wollen, gehören Digitalisierung, ökonomische Bildung, die Orientierung an den technischen und wissenschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zur Realschulbildung. Jungen Menschen müssen ökonomische Zusammenhänge vermittelt werden, damit sie diese ökonomischen Grundlagen als Grundlagen der Freiheit verstehen und als mündige Bürger entsprechend entscheiden können. Das gehört zur „Grund-DNA“ der Realschulbildung. Und die Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge gehören in die Schulen hinein und Schüler und Schülerinnen in die Wirtschaft hinaus. Wirtschaft und Mittelstand sind Partner von Bildung. Wir engagieren uns in klaren Allianzen mit den Vertretern der Wirtschaft. Vom Elfenbeinturm aus können wir keine umfassende, zeitgemäße und moderne Bildung gestalten – vielfältig eben.

Es wird sich zeigen, dass die Kräfte der Freiheit, der Vielfalt, der Kreativität überlegen sind gegenüber den Despoten, Autokraten, Ideologen und Gleichmachern.

Wir leben in einer Zeitenwende und es ist längst nicht das Ende der Geschichte – es ist eine Chance diese Freiheit zu stärken – gerade mit den großartigen Möglichkeiten einer vielfältigen Bildung.

Jürgen Böhm
Bundesvorsitzender des Verbands
Deutscher Realschullehrer (VDR)

BILDUNG.
REAL.
SCHULE.

IMPRESSIONEN



Waltraud Eder moderiert und führt durch die Veranstaltung



Die Schülerband der Kepler-Realschule Heidelberg spielte „Love gun“ von Kiss sowie eine Eigenkomposition „Anywhere but here“



Joachim Maiß, Vize-Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL) überbringt sein Grußwort



Mit dem Stück „Pirates of the Caribbean“ eröffnete die Big Band der Merian-Realschule Ladenburg die Veranstaltung musikalisch und schloss sie am Ende des Abends mit dem Stück „Havana“



Landesvorsitzende des Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat, begrüßte die Ehrengäste



Jürgen Böhm (re) verabschiedet die scheidenden Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands Ulrich Brambach, Anton Huber, Karlheinz Kaden und Bernd Karst (v.l.n.r)



Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtensyndikats und Tarifunion, bei seinem Grußwort



Staatssekretär Volker Schebesta, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg bei seinem Grußwort



Für die Nutzung des Tagungsortes bedankt sich Jürgen Böhm im Namen des Verbandes bei Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, Prof. Dr. Diana Pretzell



Waltraud Eder moderiert das Gespräch zwischen Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm

Dr. Jens Brandenburg stellt fest, „dass wir hoch engagierte Lehrkräfte haben“

Der parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Dr. Jens Brandenburg zeichnet auf dem Bundesrealschultag die Lehrkräfte aus.



In seiner Festrede betonte Dr. Brandenburg die Bedeutung der Zusammenarbeit in der Bildungspolitik auf allen Ebenen. Dies kann auch und gerade durch den Bildungsföderalismus gelingen ein System, das in den Augen Brandenburgs dauerhaft bestehen soll. Es sei gut, dass die Kultushoheit bei den Ländern liege.

Der Staatssekretär ging besonders auf die großen Herausforderungen ein, vor die sich die Schulfamilien gestellt sehen: Die Pandemie sei nach wie vor eine enorm große Belastung für Schüler, Lehrkräfte, Schulleitungen und die Eltern. Als Lösung in dieser schwierigen Zeit wurde die Digitalisierung an Schulen vorangetrieben und weiter umgesetzt. Um die soziale Abhängigkeit zu minimieren, stellte Brandenburg ein Startchancenprogramm vor, das Schulen mit dem Fokus auf die Sozialarbeit unterstützen solle.

Des Weiteren hob er die berufliche Bildung als wesentliches Thema in der Bildung hervor: Man müsse endlich eine Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung schaffen. Im anschließenden Talk stellte der Staatssekretär ein Exzellenzprogramm „Berufliche Bildung“ vor, das als zentrale Inhalte die Berufsorientierung, die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung und eine intensivierte Begabtenförderung

hat. Das Bildungsministerium solle Stipendienprogramme nicht nur für Studiengänge, sondern auch für die berufliche Bildung, für Auszubildende und in der Weiterbildung bereitstellen.

Zudem müsse die Lehrkräftequalifizierung bedeutender Bestandteil in den Diskussionen und Bestrebungen der Bildungspolitik sein. In der Debatte wurden insbesondere die schulartspezifische Lehrkräfteausbildung erörtert, sowie ein umfassendes

zweijähriges Referendariat, das auch mit Grundlage und Voraussetzung für eine entsprechende Bezahlung von Lehrkräften bietet und eine Fortbildungsmöglichkeit für Lehrkräfte auch während der Arbeitszeiten. Der Beamtenstatus für Lehrkräfte würde langsam in den Ländern umgesetzt, so z. B. auch wieder in Berlin, um junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2018 in Karlsruhe entschieden, dass eine Lehrkraft hoheitliche Aufgaben erfülle.

Der gemeinsame Talk lässt auf weitere spannende Diskussionen hoffen, die die Entwicklungen in der Bildungspolitik vorantreiben können.

Waltraud Eder

Betreuung von Geflüchteten: Schulen brauchen mehr Unterstützung



Ich möchte mich herzlich für die Einladung zu der heutigen Festveranstaltung bedanken. Ich freue mich sehr über die persönlichen Begegnungen, den Austausch und über all das, was wir die letzten zwei Jahre alle so schmerzlich vermisst haben!

Meine Damen und Herren, der Bundesrealschultag und Ihre Bundesdelegiertenversammlung finden in äußerst brisanten Zeiten statt: Die Pandemie steckt uns allen noch in den Knochen und wird uns auch weiterhin beschäftigen. Eine stückweise Rückkehr zur Normalität wurde von uns allen sehnlichst erwartet und ist, wenn es das pandemische Geschehen erlaubt, notwendig. Aktuell können wir aber nur mutmaßen, was uns den nächsten Winter erwartet.

Die eine Krise noch nicht überwunden, sind wir bereits mit der nächsten konfrontiert: Der schreckliche und feige Angriff des Kreml-Tyrannen auf die Ukraine. Die Machtgelüste Putins bringen unermessliches Leid für die ukrainische Bevölkerung. Gleichzeitig sind sie ein direkter Angriff auf die europäische und sogar die internationale Ordnung. Sie sind ein Angriff auf unsere freiheitlichen demokratischen Werte. Die Werte, für die viele von uns im öffentlichen Dienst Tag für Tag eintreten. Der Krieg gegen die Ukraine ist auf das Schärfste zu verurteilen!

Wir stehen nun in Deutschland und Europa in der Verantwortung, die Geflüchteten

willkommen zu heißen und Ihnen Schutz zu bieten. Viele von ihnen sind noch nicht volljährig und besuchten bis vor kurzem die Schule oder gingen in die Kita. Um die traumatischen Erlebnisse der Kinder und Jugendlichen so gering wie möglich zu halten, müssen wir ihnen daher möglichst schnell den Zugang zu Bildung und professioneller Betreuung ermöglichen.

Dabei spielen unsere Schulen eine zentrale Rolle. Ihre Aufgabe ist es, den jungen Menschen eine Struktur zu geben und ihnen weitestgehend eine Normalität zu ermöglichen.

Beim dbb begrüßen wir die Pläne der Kultusministerkonferenz, umgehend Bildungsangebote für die Geflüchteten zu schaffen. Was wir jetzt dafür brauchen, sind schnelle und unbürokratische Entscheidungen, mehr Lehrkräfte, Räumlichkeiten und multiprofessionelle Teams. Ohne schnelle und umfangreiche Unterstützung des Bundes werden unsere Schulen jedoch ihrem Auftrag nicht gerecht werden können.

Unsere Lehrerinnen und Lehrer werden auch diese Herausforderung mit Herzblut und Engagement angehen. Doch bereits die Pandemie hat gezeigt, wie sehr unser Bildungssystem auf Kante genäht ist.

Ohne zusätzliche Unterstützung werden unsere Schulen das nicht schaffen! Der Lehrermangel, die verschleppte Digitalisierung, die jahrzehntelange Unterfinanzierung unserer Bildungseinrichtungen, all das rächt sich zum wiederholten Male. Die Leidtragenden sind dabei wie so oft die Schülerinnen und Schüler, aber eben auch die Lehrkräfte.

Gute Bildung kostet. Sie setzt voraus, dass an unseren Schulen ausreichend Lehrpersonal beschäftigt ist, das die jungen Menschen individuell fördern kann. Gute Bildung braucht eine angemessene sachliche und räumliche Ausstattung. Sie darf nicht mehr an einem fehlenden Breitbandanschluss scheitern, sondern muss die Potenziale der Digitalisierung zielführend für die Förderung der jungen Menschen nutzen können.

Gute Bildung ist jedoch nicht nur entscheidend für die Zukunft jeder und jedes Einzelnen, sondern auch für die Zukunft des ganzen Landes. Gute Bildung braucht starke Realschulen, die in unserem bewährten, differenzierten Schulsystem eine wichtige Aufgabe übernehmen.

Mit einer ausgewogenen Balance von Theorie und Praxis und dem starken Fokus auf der Berufsorientierung schaffen sie das notwendige Fundament für den weiteren beruflichen Erfolg der Jugendlichen.

In Kontrast dazu steht der Trend hin zur Akademisierung und einer geringeren Anerkennung des Realschulabschlusses. Und das, obwohl unser Land Akademiker mit Masterabschluss genauso braucht wie Handwerksmeister. Dieser Trend hat fatale Folgen. Wartezeiten von mehreren Monaten für Handwerker versinnbildlichen die Lage einer ganzen Branche:

Der Fachkräftemangel im Handwerk, im Mittelstand und der Industrie ist mehr als besorgniserregend. Allerorts wird händeringend nach Personal gesucht. Wir im öffentlichen Dienst kennen das Problem nur zu gut. Die Herausforderungen unserer Zeit wie die Digitalisierung und die Dekarbonisierung können wir nur aber bewältigen, wenn dem Arbeitsmarkt ausreichend Fachkräfte zu Verfügung stehen.

Wenn der Bildung in unserem Land endlich wieder der richtige Stellenwert eingeräumt wird, der Realschulabschluss eine tatsächliche Aufwertung erfährt und wir die Gleichwertigkeit der Schulabschlüsse erreichen, können die Realschulen wieder voll und ganz ihrem Auftrag nachkommen: Die künftigen Generationen dazu befähigen, den Laden am Laufen zu halten!

Wir stehen als dbb auch künftig als verlässlicher Partner zur Verfügung und wollen den VDR nach besten Kräften unterstützen, seine berechtigten gewerkschaftspolitischen Forderungen durchzusetzen.

Ulrich Silberbach
Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion

Der VDR aus der Perspektive des Nordens

Dirk Meußner beleuchtet die nordische Sicht der Verbandsarbeit.



Bevor die letzte Ausgabe dieser Zeitschrift mit der Ankündigung des 25. Bundesrealschultages die Haushalte erreichte, überprüften wir in Schleswig-Holstein aufmerksam die Liste der potenziellen Empfänger. Es liegt nicht an der zweifelsfrei hohen Qualität unseres Bundesorgans, sondern an den bildungspolitischen Realitäten im „echten Norden.“ Die Realschule mag in anderen Bundesländern neben inklusiven Schulformen marginalisiert, vom Leistungsgedanken entkernt sein oder unter politischem Druck stehen, in Schleswig-Holstein gibt es sie nicht mehr und das seit über einem Jahrzehnt. Wir vertreten dort die Lehrkräfte aller Schularten.

Die Ankündigung des Bundesrealschultages wirkt im Lehrerzimmer der Gemeinschaftsschule wie ein Riss in der Matrix, Kolleginnen oder Kollegen, die an Gymnasien oder Grundschulen tätig sind, vermuten einen Irrtum oder hinterfragen ihre Mitgliedschaft in unserem Verband.

Weshalb ich dennoch diesem Verband angehöre und ihn als ein wiedergewählter stellvertretender Bundesvorsitzender aus Überzeugung vertrat und vertrete, welche gemeinsame Perspektive ich für unseren Verband in einer bundesweit heterogenen Schullandschaft sehe, skizzierte ich in meiner Bewerbungsrede, die ich hier für diesen Artikel leicht angepasst und ergänzt habe, ohne den Duktus der Rede zu verändern.

Wenn ich die bildungspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre und meine – beziehungsweise unsere – Amtszeit im geschäftsführenden Vorstand betiteln sollte, böte sich das Wort von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen an, es waren Jahre der Widersprüche, des Erfolgs, aber auch des Irrsinn.

Beispiele? Baden-Württemberg. Im Jahr 2022 fordert im Vorfeld des Bundesrealschultages ein Landesvater mit grünem Parteibuch den Erhalt eines vielgliedrigen Schulsystems mit einer starken Realschule. Währenddessen beauftragt eine CDU geführte Landesregierung in Schleswig-Hol-

stein Wissenschaftler, die in einem Landesbericht zur Bildung die Abschaffung der Realschulen als Erfolg interpretieren und das zweigliedrige Schulsystem aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule als zukunftsorientiert bezeichnen, weil es übersichtlich sei und eine Bildungsministerin mit schwarzem Parteibuch freut sich über diese Erkenntnis.

Übersichtlich? Die Erkenntnis mutet so banal wie tendenziös an. Wenn ich als Lieferdienst mein Angebot von vier individuell abgestimmten Menüvorschlägen auf zwei Standardgerichte einschränke, ist die Karte ärmer, aber auch „übersichtlicher“. Ob der Kunde die Einschränkung als Gewinn betrachtet, bleibt fraglich. Ob wir den Lieferdienst als seriös betrachten, ebenso.

Übersichtlich waren die Aktivitäten des VDR nicht, in allen Phasen der Pandemie führten wir nicht nur die Debatte, sondern prägten sie. Jürgen Böhm forderte als erstes die landesweiten Schulschließungen, wir sprachen uns früh für ein inzidenzbasiertes Vorgehen aus, als die Politik noch im Nebel stocherte: Wechselunterricht ab einer Inzidenz von 50, Distanzunterricht ab 100. Das mag heute fast komisch klingen, war aber gestern richtig.

Die breite Berücksichtigung in den Medien, immer verbunden mit dem bundeweiten Dauereinsatz unseres Vorsitzenden hat uns nach außen gestärkt, nach innen

haben uns unter anderem die erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen die Zukunft gesichert.

Dennoch sollten wir uns daran nicht berauschen. Es wurde seit Corona noch nie so viel über Bildung gesprochen, ohne über Bildung zu sprechen. Wir waren gefragt als Statistiker, Virologen und Sachverständige für Lüftungsanlagen.

Und während ich im WDR-Mittagsecho zu einer Anschnallpflicht in Schulbussen sprach oder in einer Sitzung des dbb versuchte, Jürgen den Rücken zu stärken, geriet die Realschule in „the Länd“ unter Beschuss, vertuschte man im Norden die Ursachen für sinkende Leistungen und steigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern, die ohne Schulabschluss eine Gemeinschaftsschule verlassen.

Und auf diesen Irrsinn kann man nur reagieren mit Zusammenhalt und klarem Kompass. Und das taten wir. So wie der VDR Bund den Landesverband Baden-Württemberg im Kampf gegen die Zusammenlegung des vormals selbstständigen Realschulreferats unterstützte, so erklärte ein Baden-Württemberger aus dem wissenschaftlichen Beirat der derzeitigen KMK-Präsidentin Karin Prien in einer glänzenden Replik auf erwähnten Bildungsbericht in Schleswig-Holstein, dass Schleswig-Holstein ein Beispiel dafür ist, wie man ein bewährtes Schulsystem durch das Vertrauen auf falsche Grundannahmen an die Wand fahren kann – mit deutlichen Worten. Vielen Dank dafür, lieber Professor Fees. Informationen über den Landesbericht zur Bildung in Schleswig-Holstein sowie unsere Replik finden Sie in diesem Heft.

Das ist, was wir brauchen, einen klaren Kompass und Zusammenhalt.

Wir müssen uns von einer Frau und mindestens zwei Männern im geschäftsführenden Bundesvorstand des VDR verabschieden, die immer über einen klaren Kompass verfügten und die ich dort vermissen werde, Bernd Karst und Anton Huber möchte ich namentlich nennen.

Wie sieht unsere Zukunft aus?

Wenn ich die Anträge, die wir morgen beraten werden, betrachte, stelle ich fest, dass es trotz der unterschiedlichen Voraussetzungen in den Bundesländern einen reichhaltigen Schatz gemeinsamer Grundüberzeugungen gibt, einen inneren programmatischen Zusammenhalt: verbindliche Schulartenempfehlung, das Primat der Pädagogik, eine vielgliedrige Schullandschaft, Qualität durch Fachlichkeit.

Und ich verbinde meine Wiederbewerbung mit jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit einer klaren Erwartung: Wir sollten diese Werte weiter offensiv ins Land tragen, statt

uns defensiv beim VBE einzuhaken.

Wir wollen nicht Teil eines multiprofessionellen Teams in einer Einheitschule sein. Wir wollen statt der einen Schule für alle, für jeden die richtige Schule, zumindest den richtigen Bildungsgang.

Der VDR als Name steht für diesen Anspruch und diesen Markenkern. Wir müssen dem Süden diese Buchstaben lassen und seine Bedeutung im Norden erweitern, um dort mit und für diesen Verband Bildungsqualität einzufordern – für alle noch vorhandenen Schularten. Eine große Bildungsveranstaltung im Norden als Pendant zum Realschultag im Süden scheiterte an Gründen, nicht am Willen. Hier müssen wir offensiver werden. Gemeinsam.

Außer uns macht das nämlich niemand. Die ukrainische Generalkonsularin wies im Zusammenhang mit der Beschulung ukrainischer Kinder in Deutschland darauf hin, dass der ukrainische Unterricht inten-

siver sei und höhere Anforderungen stelle. Schmerzhafte noch als diese Aussage ist für mich die Erkenntnis: Sie hat recht, zumindest für die Gemeinschaftsschulen, die in Schleswig-Holstein diese Kinder aufnehmen. Und das darf man sagen. Und das muss man ändern.

Hier endete meine Rede, der eine Wiederwahl mit überzeugendem Ergebnis folgte, für die ich sehr dankbar bin. Als stellvertretender Bundesvorsitzender werde ich diese norddeutsche Perspektive weiter einnehmen. Dies bedeutet für mich, dass die Bewahrung eines vielgliedrigen Schulwesens im Süden mit einer starken Realschule so richtig bleibt, wie es notwendig ist, im Norden erst die Zustände zu schaffen, die es zu bewahren lohnt. Dafür stehe ich, dafür steht der VDR.

Dirk Meußner

Anzeige



MEIN
IT-KOFFER
immer parat.

PARAPROJECT®



Jetzt entdecken auf
www.parat.de

PARAT®
DER IT-KOFFER

Die neuen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands

Bernd Bischoff



Mein Name ist Bernd Bischoff und wohne mit meiner Familie in Schwandorf (Bayern). Meine Frau ist Grundschullehrerin, unser Sohn Moritz besucht aktuell die 6. Klasse.

Realschullehrer – Seit nunmehr zwanzig Jahren darf ich diesen Traumberuf ausüben, in den vergangenen neun Jahren als Mitglied der Schulleitung der Realschule in Neunburg vorm Wald. Meine Unterrichtsfächer sind Mathematik, Physik und Informationstechnologie, gerne aber schaue ich auch über den fachlichen Tellerrand und probiere ganz neue Sachen aus. Neben diversen Schülerfirmenprojekten sind mir auch die Initiativen zur Digitalisierung von Unterricht ein großes Anliegen. Stolz bin ich darauf, dass ich ein kleiner Teil des Lehrerteams sein durfte, das im Jahr 2019 den Deutschen Lehrpreis an die Realschulen in Neunburg vorm Wald und Neu-Ulm geholt haben.

In der Oberpfalz fungiere ich seit elf Jahren als Bezirksvorsitzender des brlv, im Landesvorstand bin ich als Sprecher der Bezirksvorsitzenden in die aktuellen Themen und Entscheidungen des Geschäftsführenden Vorstands des brlv eingebunden. Zudem habe ich das Amt des Datenschutzbeauftragten des brlv inne.

Lösungen für den Fachkräftemangel, das Unterrichtsfach Wirtschaft, die (echte und zielführende) Digitalisierung des Unterrichts unter Wahrung des Datenschutzes sind mir ebenso große Anliegen wie der Erhalt der differenzierten Bildung und schulartbezogener Abschlüsse. Im Geschäftsführenden Vorstand des VDR möchte ich dazu meinen Beitrag leisten.

Sven Christoffer



Ich freue mich auf die Aufgabe, die Arbeit des VDR auf Bundesebene als stellvertretender Vorsitzender mitgestalten zu dürfen. Ich bin 51 Jahre alt und seit dem 24. November 2020 Vorsitzender des Landesverbandes lehrer nrw. Ich bin ausgebildeter Deutsch- und Geschichtslehrer sowie Schulbuchautor („Zeitreise“) und habe durch meine bisherige Vorstandstätigkeit und durch langjährige Erfahrung in der Personalratsarbeit ein starkes Netzwerk in den Schulen und der Schulpolitik Nordrhein-Westfalens aufgebaut. 2018 übernahm ich den Vorsitz des Hauptpersonalrats für Realschulen beim NRW-Schulministerium und wurde nach den für lehrer nrw erfolgreichen Personalratswahlen 2020 für weitere vier Jahre in diesem Amt bestätigt.

Mein Ziel auf Landes- wie auf Bundesebene ist es, weiterhin ein engagierter Fürsprecher für die Lehrkräfte im Sekundarbereich I zu sein und ein konstruktiv-kritischer, wenn nötig unbequemer Gesprächspartner für die Politik. Wir müssen und werden Antworten auf die drängenden Herausforderungen und ungelösten Probleme im Schulsystem geben – von Digitalisierung über Inklusion, Arbeitsüberlastung der Lehrkräfte und der Besoldungsfrage bis hin zur aktuellen Pandemie-Situation, um nur einige Beispiele zu nennen.

Für mich gehören die Berufswahlorientierung und das Hinführen zur Ausbildungsreife zu den Zukunftsaufgaben von Schule. Anders wird sich der Fachkräftemangel in unserem Land nicht beheben lassen. Daher ist mir die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung seit Jahren ein Herzensanliegen. Dazu gehört auch: Wer sich für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung einsetzt, der muss sich auch für die gleichwertige Bezahlung des Personals einsetzen, das berufliche und akademische Bildung in unseren Schulen vermittelt.

Ingo Lürbke



Vor 25 Jahren bin ich in den Schuldienst eingetreten – und praktisch zeitgleich in den damaligen Realschullehrerverband NRW, heute lehrer nrw. Ich bin 54 Jahre alt und unterrichte Mathematik und Technik an der Johannes-Gutenberg-Realschule Hilstrup in Münster.

Im Rahmen meiner Verbandstätigkeit bin ich seit 2010 Kreisvorsitzender in Münster. Seit 2012 engagiere ich mich auch auf Landesebene für lehrer nrw – zunächst als Schriftführer im Vorstand, von 2013 bis 2018 als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junge lehrer nrw, von 2018 bis 2021 als stellvertretender Schatzmeister und seit 2021 als Schatzmeister. In der Personalratsarbeit bin ich seit 2012 ebenfalls sehr aktiv, und zwar sowohl im Hauptpersonalrat als auch im Bezirkspersonalrat Münster.

Ich trete ein für ein vielgliedriges Schulsystem, das die individuellen Stärken, Fähigkeiten und Persönlichkeiten aller Schülerinnen und Schüler nach meiner Einschätzung am besten fördern kann. Wichtig ist mir dabei eine Stärkung des mittleren Schulabschlusses. Denn nicht nur der akademische Weg führt junge Menschen ans Ziel, sondern auch und besonders die berufliche Bildung. In diesem Sinne möchte ich mich auch im VDR engagieren.

Dass ich das in meinem neuen Amt als Schatzmeister tun darf, freut mich sehr. Denn als Mathelehrer haben Zahlen für mich schon immer eine gewisse Faszination gehabt. Meine Erfahrung als Schatzmeister auf Landesebene möchte ich dem VDR zur Verfügung stellen. Ich werde die Finanzen des VDR klar und transparent regeln.

Anna-Katharina Müller



Mein Name ist Anna-Katharina Müller. Ich komme aus dem schönen Sachsen-Anhalt, lebe und arbeite dort. Seit 2017 bin ich Mitglied im Sekundarschullehrerverband Sachsen-Anhalt. Schon während meines Studiums an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg habe ich mich, für die SekundarschullehrerInnen in der Interessenvertretung für Lehrämter eingesetzt. Dieses Engagement konnte ich im SLV fortsetzen und war dort vier Jahre für die Belange der „Jungen Lehrerinnen und Lehrer“ zuständig.

Im November letzten Jahres wurde ich dann zur Vorsitzenden des SLV gewählt. In Sachsen-Anhalt und auch im VDR möchte ich mich für eine qualifizierte und differenzierte Bildung einsetzen. Ebenso auch für Strategien gegen den Lehrermangel, denn dieser macht auch in Sachsen-Anhalt nicht Halt. Die Situation ist sogar verschärft, und dass trotz attraktiver Besoldungsstrukturen.

Für mich ist das Ansehen des mittleren Bildungsabschlusses und die Qualität der Aus- und Weiterbildung im Sekundarbereich I sehr wichtig. Denn hier ist die Mitte unserer Gesellschaft, die es zu stärken gilt. Der SLV ist in Sachsen-Anhalt sehr engagiert, die Attraktivität der Ausbildung, des Berufes und die Bedingungen durch Öffentlichkeitsarbeit und bildungspolitische Gespräche zu stärken. Auch die Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Lehrergesundheit sind Handlungsfelder, die in den nächsten Monaten und Jahren von entscheidender Bedeutung werden. Abschließend bleibt zu sagen, dass auch hier im Osten Deutschlands die Stimmen aller Beteiligten für eine Stärkung des mittleren Bildungsabschlusses laut werden. Ich hoffe, dass ich als Teil des neuen Vorstandes aus dieser Mitte heraus meinen Beitrag im VDR als Schriftführerin leisten kann.



Foto: Adobe Stock

Jürgen Böhm im Gespräch mit dem Didacta-Magazin

„Akademisierungswahn bringt uns nicht weiter“

Sind Gemeinschaftsschulen das Nonplusultra oder braucht es das mehrgliedrige Schulsystem? Ein Gespräch mit Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer, über die Zukunft der Realschule.

didacta: In einigen Bundesländern werden Realschulen aufgelöst und umgewandelt, wie steht es derzeit um diese Schulform?

Jürgen Böhm: Ich beobachte die Entwicklungen und Tendenzen genau. In Rheinland-Pfalz wurde die Realschule mit der Hauptschule zusammengelegt, in Schleswig-Holstein zur Gemeinschaftsschule umgewandelt. Das hat verschiedene Gründe, jedoch sehe ich als Hauptgrund die Fehlentwicklung, dass angeblich alle Schulformen zum Abitur führen sollen, jedoch dieser Anspruch nach angeblicher Gleichheit nur ein Etikettenschwindel ist. Außerdem fehlt die gesellschaftliche Anerkennung der dualen Ausbildung. Hier hat die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag einen entscheidenden Satz aufgenommen, um diese zu stärken. ‚Wir sind Weltmarktführer bei der dualen Ausbildung und schätzen diese nicht genügend‘. Diese Aussage könnte von mir stammen.

In Baden-Württemberg haben nun Lehrkräfte ebenfalls Angst vor einer Abschaffung der Realschulen. Die schwarz-grüne Regierung propagiert eine Gemeinschaftsschule. Das passt doch nicht zu den Aussagen im Koalitionsvertrag?

Richtig. In Baden-Württemberg müssen die Regierungsverantwortlichen aufpassen, die Qualität der Realschulen nicht weiter auszuhöhlen. Blicken wir auf die Entwicklung in Schleswig-Holstein. Dort hat die klassische Realschule bei den sogenannten Strukturreformen den Kürzeren gezogen, es gibt heute keine Realschule mehr, sondern Gemeinschaftsschulen. Die Qualität des Realschulabschlusses, wie wir sie seit Jahrzehnten kennen, errei-

chen die Absolventinnen und Absolventen an dieser Schulform nicht mehr. So etwas befürchte ich auch in Baden-Württemberg, wenn nicht gegengesteuert wird.

Woran machen Sie das fest?

Der Mittelstand und das Handwerk vermissen die Realschulabsolventen und berichtet mir davon, dass die Schulabgänger nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Das hat eine Studie in Schleswig-Holstein bestätigt. Gerade die Eltern äußerten sich kritisch und wünschen sich die Realschule zurück.

Was zeichnet die Schulform denn aus?

Die Realschule greift durch die Profilbildung wichtige Bildungsinhalte auf und zeichnet sich durch den Theorie-Praxis-Bezug aus. Neben Schwerpunkten wie Naturwissenschaften, Fremdsprachen, Soziales, Ernährung und Gesundheit verfügen Realschülerinnen und Realschüler über eine solide Ausbildung in Wirtschaftsthemen und besuchen früh Betriebe. Ökonomische Bildung ist schon immer ein Schwerpunkt der Realschulen. Daneben belegen alle Schülerinnen und Schüler das Fach Informationstechnologie und werden strukturiert auf die Herausforderungen einer digitalen Welt vorbereitet. Zudem haben wir die berufliche Orientierung in den Schulalltag aller Jahrgangsstufen integriert.

Diese Inhalte könnten auch an Gemeinschaftsschulen stattfinden, warum halten Sie ein differenziertes Schulsystem für sinnvoller?

Unsere Gesellschaft wird immer individueller, deshalb ist es für mich unverständlich, dass alle jungen Menschen den gleichen undifferenzierten Bildungsweg gehen sollen. Man sollte versuchen, annähernd homogene Bildungsbereiche mit klar zugeschnittenen Abschlussprofilen zu bilden und Schülern in diesen differenzierten Bildungsgängen eine weitestgehend individuelle Förderung zukommen zu lassen. Wenn ich einen klar strukturierten hauptschul- oder realschulorientierten Bildungsgang habe, ist es für die Lehrkräfte wesentlich einfacher, guten Unterricht zu machen. Ein Lehrer kann nicht unendlich binnendifferenzieren und bis zu sieben unterschiedliche Leistungsniveaus in einem Klassenverband einer sogenannten Gemeinschaftsschule fördern.

Welche Rückmeldung erhalten Sie von Unternehmen?

Wir bekommen die Rückmeldung, dass die Unternehmen wieder vermehrt Realschülerinnen und Realschüler einstellen wollen, da sie von der Verzahnung von Theorie und Praxis, die die Jugendlichen in der Realschule vermittelt bekommen, profitieren. Der Trend der Unternehmen zu Abiturienten in der Berufsausbildung

Anzeige

Bildungsmesse.digital

- Neuheiten
- Präsentationen
- Gutscheine



online

www.bildungsmesse.digital

geht zurück, da es viel zu wenige Bewerberinnen und Bewerber gibt. Wir sollten ohnehin aufhören, das Abitur überzubewerten.

Warum?

Wir sind in einen Akademisierungswahn – immer mehr Menschen studieren, da Bildungsforscher sagen, dies sei das Nonplusultra – verfallen. Mittlerweile studieren mehr junge Menschen, als diejenigen, die eine Ausbildung beginnen. Andererseits steigt die Quote der Studienabbrecher.

Laut OECD gilt jedes Kind von Akademikern, dass eine Berufsausbildung macht, als Bildungsverlierer. Das ist eine absolut falsche Einschätzung. Deutschland verfügt über die duale Berufsausbildung – und ist daher nicht vergleichbar mit Nachbarländern, die angeblich höhere Akademisierungsquoten haben, jedoch kein duales Ausbildungssystem. Es gibt keine oder kaum duale Berufsausbildung in Spanien, Frankreich und Großbritannien, sondern der Zugang zu vielen Berufen erfolgt über ein wie auch immer geartetes Abitur.

Die Corona-Krise hat die Realschulen wie alle anderen Schulen vor eine weitere, große Herausforderung gestellt. Wie haben sie diese gemeistert?

Positiv war, dass wir im Realschulbereich die Schülerinnen und Schüler relativ schnell mit digitalem Unterricht erreichen konnten. Und, dass nicht mehr die Frage gestellt wird, ob Digitalisierung im Schulwesen nötig ist.

Das heißt, unseren Schulen werden endlich digital besser aufgestellt?

Wir haben viel zu viele rechtliche Hürden, um schnell digital arbeiten zu können, unter anderem die Datenschutzproblematik. Was ich mir generell wünschen würde, wäre eine stärkere Vernetzung von Kolleginnen und Kollegen und schnellere Entscheidungen und Umsetzung seitens der Politik. Denn statt mit sogenannten Reformen das Schulsystem immer weiter qualitativ abzuwerten, sollte die Bildungspolitik die Rahmenbedingungen schaffen, dass Lehrkräfte guten Unterricht umsetzen können – digital, analog und qualitativ.

Das Interview führte Tina Sprung und ist erschienen im Didacta-Magazin, Ausgabe 1-22. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

VERANSTALTUNGSTIPPS AUF DER DIDACTA



Diskussion: Schule mit und als System - Was braucht es jetzt?

7. Juni 2022 • 11.00–11.45 Uhr • Halle 6.1, E-100/F-109 • Forum Schulpraxis

Die Veranstaltung: Welche Erkenntnisse haben wir aus der Pandemie-Zeit gewonnen, wie kann Schule den Herausforderungen begegnen und werden für eine zukunftsorientierte Bildungs(infra)struktur bereits die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen?

Speaker



Jürgen Böhm
VDR Verband Deutscher
Realschullehrer



Volker Jürgens
AixConcept GmbH



Jochen Ott
stellv. Fraktionsvorsitzender,
Schulpolitischer Sprecher
der SPD in NRW

Frank Rock
Landrat des
Rhein-Erft Kreises

Diskussion: Neustart nach der Pandemie – die Welt der hybriden und digitalen Möglichkeiten

7. Juni 2022 | 12.15–13.00 Uhr • Forum Berufliche Bildung

Speaker



Jürgen Böhm
VDR Verband Deutscher
Realschullehrer



Kate Maleike
(Moderatorin)
Deutschlandfunk



Sevil Mutlu
Technische Universität
Darmstadt

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

Immer mehr Abiturienten, immer mehr Spitzennoten – immer weniger Niveau: Deutschland im Akademisierungswahn

Die Abiturientenquote liegt, je nach Bundesland, bei Werten zwischen 40 und 55 Prozent. In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Quote etwa verdoppelt. Sind die jungen Menschen klüger als noch vor 30 Jahren? Hans Peter Klein hat dafür eine einfache Antwort: „Man hat einfach insbesondere die fachlichen Anforderungen selbst an den Gymnasien auf politischen Druck hin teils massiv abgesenkt.“ Eine Lösung, die auf Dauer keine sein kann.



Eklatanter Fachkräfte- und Handwerker-mangel bedrohen den Wirtschaftsstandort Deutschland

In der aktuellen Talkschau „Hart aber Fair“ griff Frank Plasberg ein für den Wirtschaftsstandort Deutschland immer bedrohlicher werdendes Szenario auf dem Arbeitsmarkt auf: „Die neue Arbeiter-Losigkeit – warum gehen Deutschland die Fachkräfte aus?“ Ob Pflegekraft, Kellnerin oder Handwerker – in Deutschland fehlten überall Fachkräfte. Die Unis seien voll, doch der Handwerker-Markt wäre trotz oft guter Bezahlung leer. Was kann man da tun? Sind Fachkräfte aus dem Ausland die Lösung, womöglich die Men-

schen aus der Ukraine eine Hilfe? Darüber diskutierten die Gäste mehr oder weniger diffus an diesem Abend.

Sind Fachkräfte aus dem Ausland, etwa auch aus Kriegsgebieten, die Lösung?

Schauen wir uns die für diese Entwicklung ursächlichen Fakten einmal näher an. Fakt ist, dass die Hochschulen seit etwa einem Jahrzehnt von immer mehr Studierwilligen geflutet werden. Fast alle Universitäten haben binnen kürzester Zeit ihre Studierendenzahlen um mehr als fünfzig Prozent erhöhen müssen, wie beispielsweise die Goethe-Universität Frankfurt von noch

knapp unter 30.000 Studierenden zu Beginn des letzten Jahrzehnts bis hin zu rund 47.000 nur wenige Jahre später. Die schon in den neunziger Jahren befürchteten Massenuniversitäten mit deutlich verschlechterten Lernbedingungen sind heute Realität. Was aber ist der Grund und was sind die Folgen dieser Entwicklung?

Spätestens seit der PISA-Studie 2000 wurde insbesondere Deutschland kontinuierlich auf die Anklagebank vom PISA-Chef der OECD in Paris, Andreas Schleicher, gesetzt. Im internationalen Vergleich sei die Abiturientenquote viel zu gering. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei in Gefahr, wenn nicht entsprechend gegengesteuert würde. Bildungsökonom rechneten gleich vor, wie viele Prozente an zukünftigen Bruttosozialprodukten jährlich verloren gingen, wenn hier nicht sofort gegengesteuert würde.

Fehlinterpretierte PISA-Studie von 2000 muss nach wie vor erhalten für so manche Fehlentwicklung in der Bildungspolitik

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung begab sich fatalerweise frühzeitig in die babylonische Gefangenschaft der empirischen Bildungsforschung, die ab dem Millennium wie ein Phoenix aus der Asche emporstieg. Frühzeitige Kritik vor allem aus den Erziehungswissenschaften an der bildungsökonomischen Entwicklung wurden als unerwünschtes Störfeuer abgetan, ihre Einsprüche schlichtweg missachtet. Die meisten Eltern waren allerdings durchaus erfreut, bedeutete

dies doch das relativ sichere Abitur für ihre Zöglinge und die Aussicht auf deren Akademikerstatus.

Fakt ist weiterhin, dass in den Neunziger Jahren die Abiturientenquote in den einzelnen Bundesländern noch zwischen knapp zwanzig Prozent und knapp unter dreißig Prozent lag, je nach Bundesland. Schon damals wurde von Kritikern der Niveauverlust im Abitur gegenüber früheren Jahren kritisiert. Gut zwanzig Jahre später hat sich geradezu ein Wunder vollzogen: Bereits 2015 betrug die Abiturientenquote zwischen vierzig Prozent und 55 Prozent je nach Bundesland, bei immer besser werdenden Durchschnittsnoten und einer exponentiellen Zunahme an Einser-Abituren. Tendenz fortschreitend. Gleichzeitig begrüßten nicht nur die Kultusministerien der Länder die inflationäre Vergabe des Abiturs. Bildungs- und Gewerkschaftsverbänden und auch so manchem Reformpädagogen kam diese politische Stoßrichtung gerade recht, war doch schon immer die als elitär betrachtete geringe Abiturientenquote ein Dorn in deren linken Auge.

Sind die jungen Menschen heute klüger als noch vor dreißig Jahren?

Wie aber ist es möglich, die Abiturientenquote binnen kürzester Zeit fast zu verdoppeln? Sind wir also in Deutschland doppelt so schlau wie noch vor zwanzig Jahren? Wohl kaum. Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: man hat einfach insbesondere die fachlichen Anforderungen selbst an den Gymnasien auf politischen Druck hin teils massiv abgesenkt. Zahlreiche Vergleiche der Zentralabituraufgaben der einzelnen Bundesländer im Laufe der Jahre konnten dies zweifelsfrei nachweisen. Mathematische Leistungen, die in Baden-Württemberg noch in den 70er Jahren jeder Realschüler in seiner Abschlussprüfung zu bearbeiten hatte, fehlen heute in diesem Schwierigkeitsgrad weitgehend, selbst in den Leistungskursen. Jährliche Rekorde in den Durchschnittsnoten gepaart mit einer exponentiellen Zunahme der Einser-Abiture werden selbst in der Presse meist nur noch mit ironischen Kommentaren versehen.

Das Abitur ist heute kein Garant mehr für die Studierfähigkeit

Als Folge dieser Entwicklung strömen

immer mehr nicht studierfähige Abiturientinnen und Abiturienten an die Hochschulen. Auch dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in Berlin (BMBF) ist diese Entwicklung durchaus bekannt. Um nun die Durchfall- und Abbrecherquoten nicht ins Uferlose ansteigen zu lassen, wurden die Hochschulen angehalten, eine Art Nachhilfekurse für nicht studierfähige Studierwillige vor Aufnahme des Studiums anzubieten, in denen thematisch fachliche Grundlagen in den Fächern zu lehren sind, deren Vermittlung vormals die genuine Aufgabe der abiturvergebenden Schulformen war. Dass diese vom Steuerzahler durch das BMBF finanzierten Kurse in der Öffentlichkeit nicht so heißen dürfen, liegt auf der Hand. „Ein starker Start ins Studium“ beispielsweise klingt doch sehr viel positiver und nur für derartige Wortkreationen gibt's dann Geld. Allein an der Goethe Universität Frankfurt schlägt dies mit einem zusätzlichen Budget von 42 Millionen Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren zu Buche. Weiterhin wurden die klammen Hochschulen mit weiterem Geld zwecks Senkung der Misserfolgsquoten geködert: für jeden in der vorgesehenen Studienzeit zum Abschluss gebrachten Studierenden gibt's bereits seit 2015 in fast allen Bundesländern Korruptionsprämien von rund 4.000 Euro und mehr (Bsp. NRW).

Gleichzeitig wurde das duale berufsbildende System vor allem dadurch weiter ausgehöhlt, indem in einem vorher nicht gekannten Akademisierungswahn berufliche Ausbildungsgänge gleich massenhaft akademisiert wurden. Bereits 2018 boten 78 Universitäten, Hochschulen und Akademien 149 verschiedene Studiengänge allein in der Pflege an, davon 105 mit einem Bachelor- und 44 mit einem Masterabschluss. Laut „Studycheck“ gibt es derzeit 20.185 Studiengänge an 585 Hochschulen in Deutschland. Blumige Beschreibungen klingen eher als Realsatire: Dentalhygiene und Präventionsmanagement, Service Center-Management, Cruise-Management, Golf-Management, Accessoire Design, Coffee-Management, Citizenship, Civic Engagement oder Culinary Arts und Food Management. Für derartige Studiengänge kennt man im anglo-amerikanischen Raum einen zutreffenden

Namen: „Mickey Mouse-Studiengänge“, die schon allein wegen ihrer geringen Nachhaltigkeit letztlich ins Nichts führen. Die Absolvierenden sitzen in der oftmals zitierten „Bachelor-Falle“. Über- und Fehlqualifikationen sind die Folge.

Eine Aushöhlung der beruflichen Ausbildungsgänge als Mitursache für das Dilemma in der Fachkräftegewinnung

Für das berufsausbildende System bleibt dann nur noch eine Restpopulation an Bewerbern übrig, die aufgrund der Absenkung der Ansprüche teilweise nicht mal über die grundlegenden Kompetenzen des Lesens, des Schreibens oder des basalen Rechnens verfügen. Das Ergebnis liegt auf der Hand: ein eklatanter Fachkräfte- und Handwerker-mangel.

Die Schweiz als exzellentes Gegenbeispiel, dem Akademisierungswahn der OECD folgen zu müssen

Das Beispiel der Schweiz widerlegt zudem die Aussagen der Bildungsökonom nach einer derartigen Entwicklung. Man ist dort nicht auf die Propaganda der OECD hereingefallen und hat weiterhin eine Abiturientenquote von rund 20 Prozent. Entsprechend der OECD müssten dort die Lichter längst ausgegangen sein. Das Gegenteil ist der Fall. Mit ihrer ausgeklügelten und stark geförderten beruflichen Ausbildung im dualen System hat die Schweiz die niedrigste Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote und eine der höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Ganz im Gegensatz dazu haben Länder ohne duales System zwar deutlich höhere Akademikerquoten, wie etwa Großbritannien oder die südeuropäischen Länder, aber auch eine deutlich höhere Jugendarbeitslosigkeit. Nicht nur in südeuropäischen Ländern, auch in China und Australien ist längst von einem akademischen Prekariat die Rede.

Einkommensschere von Akademikern und Handwerkern schließt sich

Fakt ist auch, dass sich die Schere zwischen den Einkommen von Akademikern und Handwerkern und Fachkräften zusehends schließt. Das liegt schon allein an der Nachfrage und dem Angebot, dass auf Jahrzehnte hin

knapp bleiben dürfte. In der Sendung „Hart aber Fair“ wurde vor der „Londonisierung“ gewarnt. Mittlerweile sind dort Headhunter vielfach unterwegs, um Handwerker ausfindig zu machen. Diese können aufgrund der enormen Nachfrage finanziell verlangen, was sie wollen. Teilweise finden Bietverfahren statt. Jeder, der im Ahrtal oder der Eifel vom Hochwasser heimgesucht wurde weiß, dass der Wiederaufbau keine Frage des Geldes, sondern der nicht vorhandenen Handwerker und Fachkräfte im Baubereich ist. Es wird noch viele Jahre dauern, bis alle Schäden auch an der Infrastruktur behoben sein werden. Ohne die teilweise aus dem Osten stammenden und dort angemeldeten Handwerkerkolonnen geht derzeit in diesen Regionen gar nichts. Auch der politisch binnen kürzester Zeit eingeforderte Ausbau der erneuerbaren Energien, der Hausdämmung, der Solardächer der Wärmepumpen u.a. wird weniger am Geld, als an den nicht vorhandenen Kapazitäten auf dem Handwerker- und Fachkräftebereich scheitern.

Flüchtlinge können nicht Lückenbüsser für verfehlte Bildungspolitik in Deutschland sein

Zu glauben, dass jetzt in großem Maße Hilfe aus der Ukraine kommt, ist wenig empathisch. Die Menschen aus der Ukraine haben andere Sorgen als Lückenbüsser für eine verfehlte Bildungspolitik in Deutschland zu sein. Da müssen wir uns schon an der eigenen Nase fassen. Außerdem hat uns 2015 gezeigt, dass diese Lücke durch die rund 900.000 Flüchtlinge von damals, die ja der Bevölkerung als bestens ausgebildet präsentiert wurden, nicht geschlossen werden konnte (laut ZEIT von 2021 bedürfen immer noch 67 Prozent der staatlichen Unterstützung). Auch hier ist möglicherweise ein Déjà-vu zu erwarten. Denn auch zwischen einem Bachelor oder Master einer Eliteuni aus den USA, aus Großbritannien, aus Ecuador, aus Syrien, aus der Ukraine, aus Marokko oder auch aus Deutschland u.a. liegen Welten im Anforderungsniveau. Dies ist einer der wesentlichen Gründe für die unterschiedliche Prosperität der entsprechenden Volkswirtschaften. Dies scheint sich bis in die obersten Kreise des BMBF, der Kultusministerien der Länder und der Politik generell noch nicht herum gesprochen zu haben.

180-Grad-Drehung in der Gesellschaft nötig

Was ist zu tun? Man wird diese jahrzehntelange Fehlentwicklung nicht in wenigen Jahren in eine vernünftige Richtung leiten können. Eine sofortige 180-Grad Drehung der Bildungspolitik durch die entsprechenden Institutionen des Bundes und der Länder ist gefordert, die allerdings jahrelang der Bevölkerung ins Ohr geflüstert haben, man könne nur als Akademiker ein zufriedenes und finanziell abgesichertes Dasein fristen. Zusammen mit der Deutschen Wirtschaft, den Handwerker- und Fachkräfteverbänden muss sofort ein Bewerbungsprogramm in den Schulen und der Öffentlichkeit gestartet werden, dass dem dualen berufsausbildenden System eindeutig den Vorrang einräumt. Auch eine Umsteuerung in der finanziellen Zuwendung ist oberstes Gebot. Anstatt im Bildungsbereich weiterhin meist nutzlose Studien – dazu gehören auch die PISA-Studien und alle ihre Abkömmlinge, mit denen die Schulen heimgesucht werden – mit zweifachen Millionenbeträgen pro Jahr auszustatten, ist dieses Geld viel besser in der Förderung der dualen Ausbildung in allen notwendigen Schritten sehr viel besser angelegt. Eine Thematisierung in den Schulen ist Voraussetzung dafür, dass die Schülerinnen und Schüler hier die verschiedensten Möglichkeiten der dualen Ausbildung vorgestellt bekommen. Gerade auch die digitale Transformation des Handwerks hin zu einer zunehmend digitalen Arbeitswelt darf in den Schulen nicht zu kurz kommen.

„Man soll doch mit dem Irrtum aufhören, dass man aus dem letzten Dorftrottel einen Hochschulprofessor machen kann“

Dann werden auch die Hochschulen entlastet und können sich mit deutlich geringeren Studierendenzahlen und wesentlich verbesserten Betreuungsverhältnissen der Forschung und Lehre wieder erfolgreicher widmen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Seit Jahren schafft es keine deutsche Universität im Shanghai-Ranking unter die ersten 50 (aktuell erreicht die die LMU Platz 48, die TUM Platz 54, Heidelberg 57 und Bonn den Platz 87). Die ETH-Zürich – von vielen deutschen Bildungsexperten lange belächelt, – zeigt, wie es geht, einen der Plätze unter den ersten

zwanzig zu erreichen. Die ersten zehn Plätze sind stets den bekannten acht US-amerikanischen Elitehochschulen und den beiden bekannten britischen Hochschulen Oxford und Cambridge vorbehalten.

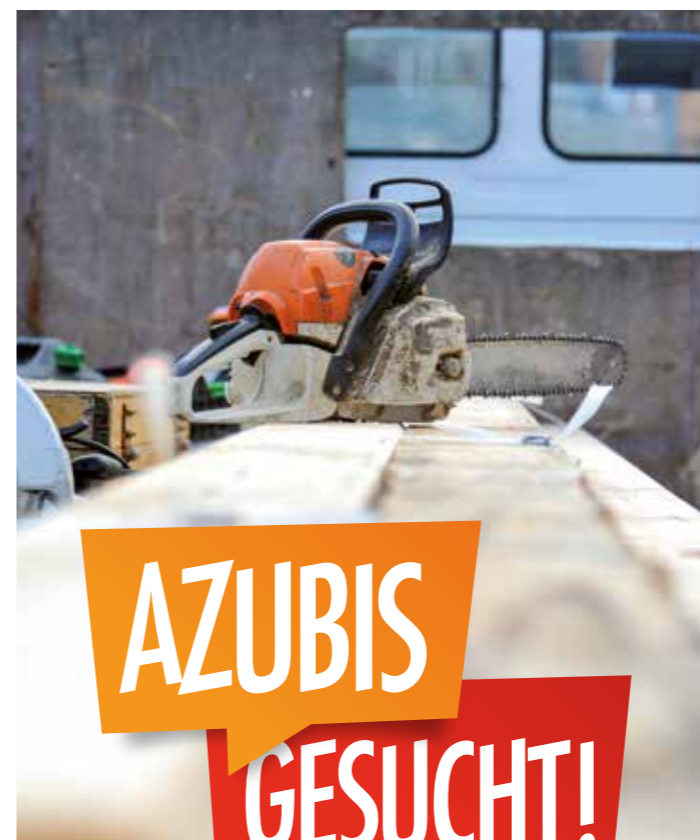
Mit „Hart aber Fair“ hat dieser Beitrag begonnen und soll damit auch enden. Frank Plasberg stellte in seiner Sendung leider erst zum Schluss einen Videoclip vor, in dem der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Joseph Wild, vor fünfzig Jahren zu Wort kam: „Wir haben einen kolossalen Mangel an Facharbeitern und man soll doch mit dem Irrtum aufhören, dass man aus dem letzten Dorftrottel einen Hochschulprofessor machen kann“.

Betrag ist ursprünglich in der Online-Ausgabe des Cicero-Magazins erschienen, unter dem Titel „Handwerkermangel – Deutschland im Akademisierungswahn“, 9. April 2022



Zur Person

Prof. Dr. Hans Peter Klein hatte bis 2018 den Lehrstuhl für Didaktik der Biowissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt inne, war Mitbegründer der Gesellschaft für Bildung und Wissen und ist Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften. 2018 erschien von ihm „Abitur und Bachelor für alle – wie ein Land seine Zukunft verspielt“ (Zu Klampen).



CORONA-KRISE VERSCHÄRFT DEN FACHKRÄFTEMANGEL

Immer mehr Ausbildungsplätze in Deutschland bleiben unbesetzt

In deutschen Betrieben und Verwaltungen werden immer weniger Menschen ausgebildet. Auch im zweiten Corona-Jahr 2021 lag die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge deutlich unter dem Vorkrisen-Niveau, wie das Statistische Bundesamt auf der Grundlage vorläufiger Zahlen berichtete.

467.100 neue Verträge bedeuteten im vergangenen Jahr zwar einen leichten Zuwachs nach dem historischen Tiefstand von 2020 (465.700), aber eben auch weiterhin eine große Lücke zum Niveau aus dem Jahr 2019, als noch 513.300 junge Menschen einen Ausbildungsvertrag unterzeichneten.

Fachkräftebedarf ist riesig

Dabei erscheint der Fachkräftebedarf in einigen Bereichen nahezu unermesslich, etwa wenn es um die konkrete Umsetzung von Kli-

maschutzmaßnahmen an Gebäuden oder den Ausbau der Erneuerbaren Energien geht. Bereits im Jahr 2025 werden allein für diese Regierungspläne rund 400.000 zusätzliche Fachkräfte benötigt, heißt es in einer aktuellen Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Gefragt seien diverse Bau- und Ausbauberufe, Maschinenbauer und Elektrotechniker, aber auch Fachkräfte für die personalintensive ökologische Landwirtschaft.

In der alljährlichen BIBB-Hitliste der beliebtesten Ausbildungen lagen

aber bei den Männern der klassische Kfz-Mechatroniker und bei den Frauen erstmals die medizinische Fachangestellte ganz vorn. Ebenfalls beliebt sind verschiedene kaufmännische Ausbildungen sowie Ausbildungen zum Fachinformatiker und zum Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

Insgesamt fällt es den Unternehmen in Deutschland aber immer schwerer, Ausbildungsplätze zu besetzen, wie eine weitere aktuelle Studie zeigt. Bei einer repräsentativen Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg gab fast die Hälfte der Betriebe an, dass die Zahl der Bewerbungen zurückgegangen sei. Etwa 40 Prozent berichteten außerdem, dass die Qualität der Bewerbungen abgenommen habe.

Unbesetzte Lehrstellen – unerfüllte Ausbildungswünsche

Alein im Handwerk sind nach Angaben des zuständigen Zentralverbands 20.000 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben, wie Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer dem „Handelsblatt“ sagte. „Die Auswirkungen spüren viele von uns bereits im Alltag: Die Wartezeiten auf einen Handwerkstermin sind lang.“ Man müsse kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die vielen zusätzlichen Vorhaben, besonders im Klima- und Umweltschutz, mit dem jetzigen Stamm an Beschäftigten kaum zu schaffen seien.

Zugleich gibt es aber viele junge Menschen, die gerne Azubis wären, aber keinen Platz bekommen. „Trotz der leichten Erholung sind fast 68.000 junge Menschen ohne Ausbildung geblieben, obwohl sie sich als Bewerber bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet waren“, sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack dem „Handelsblatt“. Die Zahl setzt sich zusammen aus den Ende September 2021 laut Bundesagentur für Arbeit tatsächlich unversorgten Bewerbern und denen, die in einer sogenannten Alternative gelandet sind – also zum Beispiel wieder zur Schule gehen oder studieren, ein Praktikum beziehungsweise eine

Fördermaßnahme absolvieren oder arbeiten.

Problemfeld duale Ausbildung

Die duale Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule sei wichtig, um den Fachkräftebedarf von Betrieben zu sichern, sagte IAB-Direktor Bernd Fitzenberger. „Voraussetzungen hierfür sind zunächst, dass sie die von ihnen angebotenen Ausbildungsplätze besetzen können und die Auszubildenden die Ausbildung erfolgreich abschließen können. Beides hat in der Pandemie deutlich gelitten.“

Den befragten Betrieben zufolge waren Prüfungen verschoben worden oder es war unter Pandemie-Bedingungen schlicht die Zeit zu knapp, um die geforderten Inhalte zu vermitteln.

Grundsätzlich leidet das duale Ausbildungssystem seit Jahren unter der Konkurrenz akademischer Bildungswege und den sinkenden Zahlen bei den Schulabsolventen. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber auf nicht weniger als 540 verschiedene Berufsbilder ist seit Jahren rückläufig, nachdem es 2008 noch knapp 608.000 Ausbildungsanfänger gab. In der Corona-Krise sind zudem zahlreiche Informationsveranstaltungen an den Schulen sowie Betriebspraktika ausgefallen.

Ein Drittel der Betriebe berichtete der IAB-Studie zufolge, dass es in der Corona-Krise schwieriger gewesen sei, mit potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern in Kontakt zu treten. 43 Prozent boten weniger oder gar keine Praktika für Schülerinnen und Schülern an – vor allem die Unternehmen, die besonders unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie litten.

Viele Betriebe bilden weniger oder gar nicht mehr aus

Laut einer Studie der staatlichen KfW-Bank aus dem vergangenen Sommer haben sich während der Pandemie vor allem Kleinbetriebe aus der Ausbildung zurückgezogen, während bei den mittleren Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten die Azubi-Zahlen häufig rückläufig waren. Dabei tragen die



kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Ausbildung in Deutschland mit rund 90 Prozent der angebotenen Plätze. Gleichwohl bilden nur 12 Prozent der KMU tatsächlich selbst aus.

IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban sieht die Arbeitgeber in der Verantwortung. Sie machten es sich zu einfach, alles auf die Pandemie zu schieben, erklärte der Gewerkschafter in Frankfurt. „In der Metall- und Elektroindustrie gibt es über 10.000 Auszubildende weniger als im Vorjahr und der Rückgang ist nicht allein der Pandemie geschuldet.“ Die Arbeitgeber müssten endlich wieder mehr Potenziale heben und mehr Menschen ausbilden. Darüber hinaus müsse die im Koalitionsvertrag verankerte Ausbildungsgarantie schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden, um einen weiteren Rückzug vieler Betriebe zu verhindern.

© dpa-infocom, dpa:220413-99-903510/7



Ukrainische Flüchtlinge im deutschen Schulsystem – eine Übersicht

Seit dem 24. Februar tobt der Krieg in der Ukraine nach dem Einmarsch russischer Truppen. Ebenso lange fliehen Familien und Mütter mit ihren Kindern aus der Ukraine, um sich in Sicherheit zu bringen. Die Kultusministerkonferenz veröffentlicht seit dem 27. März wöchentlich die Zahlen der in Deutschland beschulten bzw. gemeldeten geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Am 8. Mai waren das 105.869 Kinder im schulpflichtigen Alter. Doch wie werden sie aufgenommen, wie verteilt und wie beschult?

Bereits am 14. März forderte der VDR, man müsse „den Realitäten ins Auge sehen“. „Eine falsch verstandene Integration und ein Überstülpen unseres Bildungswesens sind jetzt völlig fehl am Platz. Wir brauchen jetzt klare Übersicht, Unterrichtsräume und qualifiziertes Personal zur Beschulung!“

Haben die Bundesländer bereits Konzepte? Welche Bundesländer setzen auf separate Klassen, welche wollen die ukrainischen Kinder in den Regelunterricht integrieren? Mitte April – zum Zeitpunkt der Recherche für diesen Artikel – ist die Lage bisweilen immer noch unklar. Vergleicht man die Konzepte der Bundesländer merkt man, dass einige Länder offenbar noch gar kein schlüssiges Konzept haben (Thüringen), andere mehr Informationen über die kostenlosen Stadtführungen in ukrainischer Sprache zur Verfügung stellen als zur Aufnahme von Schülern an den Schulen (Bremen). Einige Bundesländer prüften zu dem Zeitpunkt noch digitale Beschulungsmöglichkeiten in ukrainischer Sprache (Baden-Württemberg), andere betonen in erster Linie das Ruhen der Schulpflicht (Brandenburg).

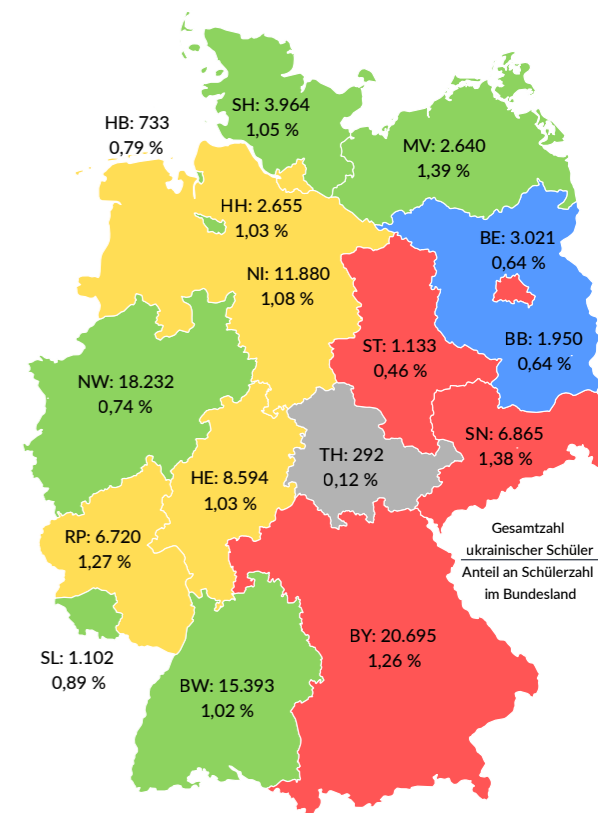
Wie sich die ukrainischen schulpflichtigen Kinder auf die einzelnen

Bundesländer verteilen, ist der Karte zu entnehmen. Dabei ist anzumerken, dass die Zahlen von Anfang Mai stammen. Nach den Osterferien melden wieder alle Bundesländer neue Zahlen, der wöchentliche Anstieg beträgt zuletzt 16 Prozent.

Neben den absoluten Zahlen wurde zudem die Anzahl der gemeldeten Schüler ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler in allgemein- und berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Zahlen der Landesämter für Statistik gesetzt. Die Farben der Bundesländer verdeutlichen die Art der Aufnahme an den Schulen. Es wird unterschieden:

- Einrichtung von Sonderklassen für ukrainische Geflüchtete (rot)
- Einbindung der Kinder in die Regelklassen (grün)
- Mischformen, z.B. Regelklassen als Normalfall und Sonderklassen in speziellen Fällen (gelb)
- Sonderformen, z.B. Ruhen der Schulpflicht oder Mischformen mit Feriensprachkursen an der VHS (blau)

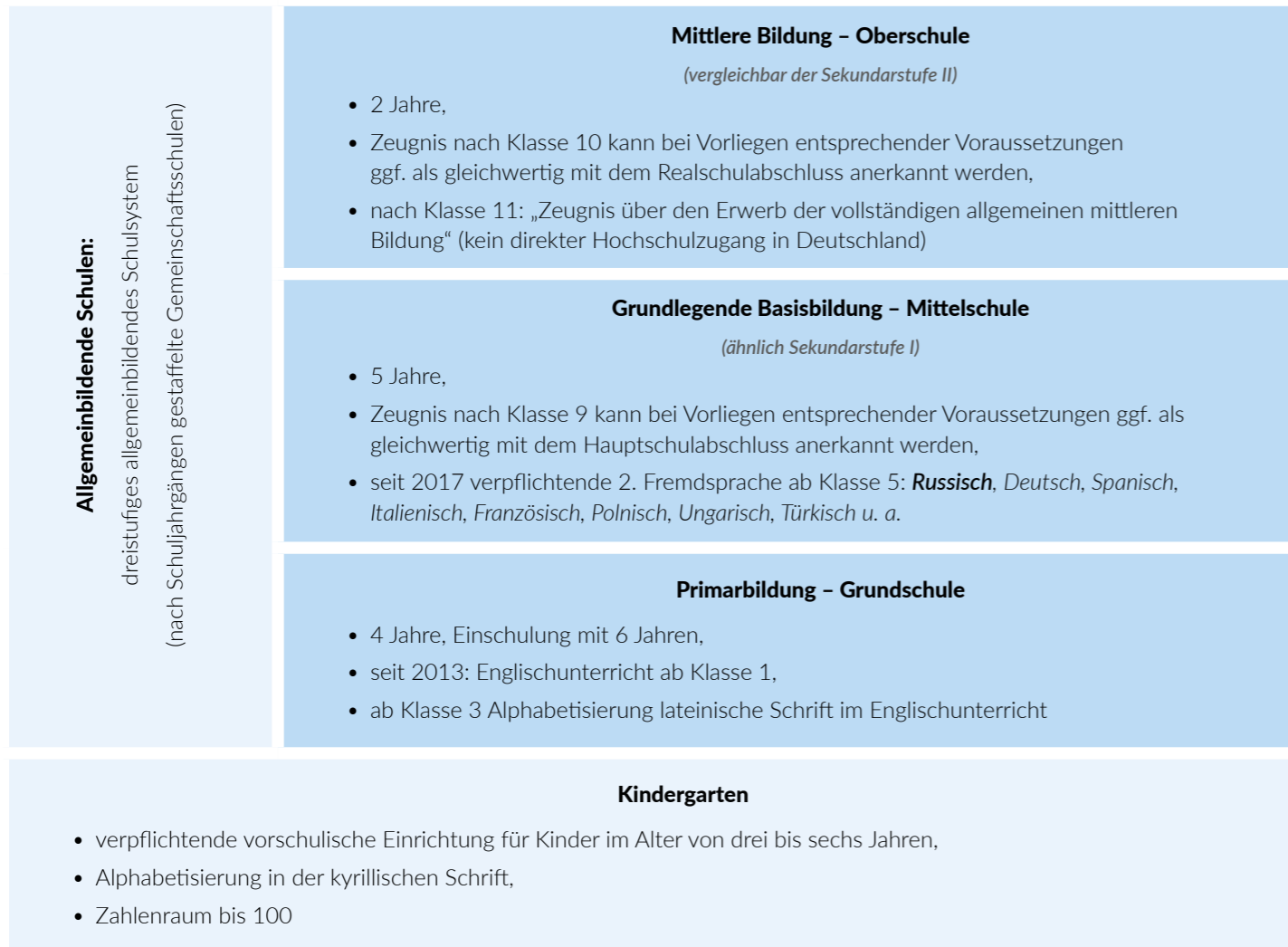
Eine Kurzübersicht der Bundesländer-Konzepte kann über nebenstehenden QR-Code abgerufen werden.



Gibt es eine spezielle Klasse für ukrainische Schüler an Ihrer Schule? Treten Sie in Kontakt mit uns, schreiben Sie uns Ihre Erfahrung an bernd.bischoff@vdr-bund.de.

Gerne möchten wir einige Berichte aus den Bundesländern zusammenstellen.

Das Schulsystem der Ukraine¹ (seit 2017 neues Bildungsgesetz)



¹ vereinfachte Zusammenfassung und Übersicht

Unterrichtssprache: Ukrainisch (Schrift: Variante des kyrillischen Alphabets)
in Gebieten Donezk und Luhansk ca. 50% der Schulen russischsprachig

Noten: Bewertungsskala von 1 bis 12 (basiert auf dem früheren Notensystem 1–5, wobei Note „5“ die beste und Note „2“ die schlechteste war. In der Regel hat man keine Note „1“ vergeben)

12–10: sehr gut, 9–7: gut, 6–5: befriedigend, 4–3: ausreichend, 2: mangelhaft, 1: ungenügend

Bereitgestellt von den Zentren für Sprachbildung und interkulturelle Bildung, März 2022

→ Integration ukrainischer Kinder

Lehrerverbände fordern konkrete Hilfen

Deutschland rechnet damit, dass künftig mehrere Hunderttausend geflüchtete Kinder aus der Ukraine unterrichtet werden müssen. Lehrerverbände fordern bessere finanzielle und personelle Ressourcen.

Die Lehrerverbände fordern größere Anstrengungen und konkrete Maßnahmen, um die Integration geflüchteter Kinder und Jugendliche aus der Ukraine bewältigen zu können.

Zusätzliche Lehrkräfte notwendig

Prien hatte zuvor vorgerechnet, dass etwa 60 zusätzliche Lehrkräfte für jeweils tausend Schülerinnen und Schüler erforderlich

sein. „Das System Schule steht noch immer massiv unter Stress“, sagte die KMK-Chefin mit Hinweis auf die noch nicht überstandene Corona-Pandemie. Die Herausforderung, viele junge Menschen aus der Ukraine zu integrieren, komme auf die bisherigen Aufgaben obendrauf. Die Zahl ukrainischer Schülerinnen und Schüler an Schulen und Berufsschulen in Deutschland lag in der vergangenen Woche bei knapp 60.000.

Teilzeitkräfte, Pensionäre und Studierende

Um den Unterricht zu gewährleisten, denkt Prien an höhere Stundenzahlen von Teilzeitkräften, die Reaktivierung von Seniorlehrkräften oder Pensionären sowie Studierende im Praktikum.

„Und wir wollen Lehrkräfte einbinden, die selbst aus der Ukraine geflüchtet sind.“ Sie seien ideal geeignet, Kinder und Jugendliche aus ihren Ländern in Willkommensklassen zu betreuen.

Skeptisch äußerte sich Prien dazu, ob die Kinder und Jugendlichen nach ukrainischem System unterrichtet werden sollten. Die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka hatte gemahnt, auf eine Kontinuität der Bildungsprozesse und ein Aufrechterhalten der nationalen Identität ukrainischer Kinder zu achten. Es gehe um einen vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland.

„Kein paralleles Schulsystem“

Dazu sagte Prien: „Integration ist untrennbar damit verbunden, dass die Kinder und Jugendlichen Deutsch als Bildungssprache lernen. Niemand weiß, wie lange die Menschen bleiben.“ Wenn man Fehler der Vergangenheit vermeiden wolle, müsse man es von Anfang an so angehen, als blieben sie länger hier. Es sei gut, wenn Kinder und Jugendliche im Einzelfall Kontakt zu ihrer alten Schule hätten und online zusätzlich ukrainische Angebote wahrnehmen. „Wir werden in Deutschland aber kein paralleles Schulsystem für die Ukraine aufbauen.“


Quelle: Auszug aus: https://www.tagesschau.de/inland/lehrerverband-integration-schule-ukraine-101.html?xing_share=news – Stand 15. April, 14:41 Uhr

→ VDR-Pressemitteilung vom 14. März 2022

Den Realitäten ins Auge sehen! Herausforderungen an Beschulung von Ukraine-Flüchtlingen und Coronabewältigung überlegt anpacken!

„Es ist höchste Zeit jetzt die Voraussetzungen zu schaffen und Entscheidungen zur Bewältigung der beiden großen Aufgaben zu treffen, die auf die Bildung in unserem Land zukommen. Hierbei helfen keine warmen Worte oder Absichtserklärungen, sondern klare politische Entscheidungen und Lösungen“, äußert sich Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR).

Die Menschen, die jetzt aus der Ukraine flüchten, müssen die Möglichkeit bekommen, weiter Bildung und umfassende soziale und medizinische Unterstützung zu erhalten. Dabei gilt es, alle Möglichkeiten zu nutzen, die auch die Menschen aus der Ukraine selbst mitbringen. Dabei müssen in Deutschland die Voraussetzungen geschaffen werden, dass ukrainische Lehrkräfte die Beschulung in der Muttersprache übernehmen können und dass online-basierte Unterrichtsmittel aus der Ukraine, die natürlich vorhanden sind, genutzt werden. Gerade die kulturelle, sprachliche und nationale Identität, die den Menschen von den Aggressoren abgesprochen wird, muss erhalten und gestärkt werden. Die Kinder und Jugendlichen brauchen jetzt in erster Linie Rückhalt, feste Strukturen und Zuneigung. Es geht um die volle Unterstützung der jungen Menschen, die in eine freie, demokratische Ukraine zurück wollen.

 **SACHSEN-ANHALT**

Pressemitteilung: 20/2022
Magdeburg, den 13.04.2022

Bildungsministerium

Erste ukrainische Lehrkräfte unterschreiben Arbeitsverträge

Mit dem Ziel, geflüchtete ukrainische Kinder und Jugendliche übergangsweise in Anknüpfungsklassen zu beschulen, stellt das Land Sachsen-Anhalt derzeit ukrainische Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Im Beisein von Bildungsministerin Eva Feußner und Bildungsstaatssekretär Frank Diesener haben am Vormittag drei ukrainische Lehrkräfte im Landesschulamt in Halle ihre Arbeitsverträge unterschrieben.

Tetiana Rusilova, Anastasia Bendiuk und Nataliia Kovalenko (Foto: v.l.n.r.) werden ab der kommenden Woche in Halle in ihre neue Tätigkeit eingeführt. Auch in Magdeburg stehen die ersten Anknüpfungsklassen kurz vor dem Start. In Absprache mit Landkreisen und Kommunen werden dann je nach Bedarf landesweit Anknüpfungsklassen gebildet. Darüber hinaus ist weiter eine sofortige Eingliederung ukrainischer Schülerinnen und Schüler in Regelklassen möglich.

Bildungsministerin Eva Feußner: „Es freut mich außerordentlich, dass nun unkompliziert und zügig ukrainische Lehrkräfte mit der Arbeit an Sachsen-Anhalts Schulen beginnen können. Das Interesse an diesen Jobangeboten ist erfreulicherweise sehr hoch, sodass wir in den nächsten Tagen und Wochen weitere ukrainische Lehrkräfte willkommen heißen werden.“

In den Anknüpfungsklassen sollen die ukrainischen Kinder und Jugendlichen zunächst Sprachbarrieren abbauen sowie ggf. schulpädagogische oder psychosoziale Unterstützung bekommen. Das Angebot umfasst herkunftssprachlichen Unterricht unter Berücksichtigung der ukrainischen Curricula sowie Angebote zur Vermittlung der deutschen Sprache, gestützt durch Lehrkräfte für „Deutsch als Zielsprache“.

Die Anknüpfungsklassen verstehen sich als Übergangsmo-
dell. Ziel ist eine Integration der ukrainischen Kinder in Regelklassen.

Interessierte Lehrkräfte und pädagogisches Personal für die geplanten Anknüpfungsklassen können sich an die Adresse LSCHA-Ukraine@sachsen-anhalt.de wenden. Dort können auch Bewerbungsunterlagen eingereicht werden.

Eine falsch verstandene Integration und ein Überstülpen unseres Bildungswesens sind jetzt völlig fehl am Platz. Wir brauchen jetzt klare Übersicht, Unterrichtsräume und qualifiziertes Personal zur Beschulung!

Natürlich kann man vorerst die Strukturen der Flüchtlingswelle von 2015 nutzen – auf lange Sicht muss man diesen Jugendlichen jedoch eine eigene ukrainische Perspektive bieten.

In diesem Zusammenhang müssen in der aktuellen Coronasituation natürlich alle möglichen Schutzmaßnahmen an den Schulen aufrechterhalten werden. Man kann nicht per Gesetz eine Pandemie für beendet erklären.

Wer den Maskenschutz aufhebt, der spielt mit der Gesundheit der jungen Menschen. Viel wichtiger wäre es, das Testregime an den Schulen zu hinterfragen und die Quarantäneregeln anzupassen.

Die Lehrkräfte in Deutschland stehen weiterhin bereit, es müssen jetzt nur die richtigen politischen Maßnahmen getroffen werden!

LÄNDERSPIEGEL

→ BAYERN



Jürgen Böhm

In einem gemeinsamen Positionspapier gleich zum Jahresbeginn präsentierten der Bayerische Realschullehrerverband (brlv), der Landeselternverband Bayerischer Realschulen (LEV-RS) und die Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und -direktoren (VBR) insgesamt sechs Kernforderungen zur Gestaltung der Zukunft an den Realschulen im Freistaat. Darunter fallen ein Ausbau der integrierten Lehrerreserve auf bis zu 2+1 Lehrkräfte pro Realschule als langfristige Antwort auf die vielseitigen Herausforderungen, der Ausbau der digitalen Grundstrukturen, die Modernisierung der Raumkonzepte für Schulbauten, eine Anpassung der Klassengrößen, ein Ausbau der Leitungsebene und die Qualitätssicherung der bayerischen Realschule.

Der brlv äußerte sich in den Monaten Januar bis März zudem unter anderem zu den folgenden Schwerpunktthemen: Leistungserhebungen, vom Kultusministerium verordnete Corona-Regeln, FDP-Antrag zum Schulversuch Wirtschaftsschule, PCR-Pooltestungen, Lockerungen des Handyverbots an bayerischen Schulen, Zwischenzeugnisse, Demokratiebildung an Schulen, Bedingungen an städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München, integrierte Lehrerreserve, Einbindung ukrainischer Schülerinnen und Schüler („Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht“) sowie Wegfall der Maskenpflicht.

Mit dem neuen Newsletter-Format „brlv Update“ werden seit 21. März einmal

monatlich die wichtigsten Termine, aktuelle Meldungen und Informationen an die bayerische Realschulfamilie und alle Interessenten kommuniziert. Und auch in diesem Jahr nutzte der brlv wieder das Medium Radio für eine bayernweite Awareness-Kampagne auf den Sendern Radio Galaxy und Radio Trausnitz.

→ BADEN-WÜRTTEMBERG



Dr. Karin Broszat

Die Pressekonferenz des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg (RLV) „Starke Realschule. Starkes Land. Gefährdet Baden-Württemberg sein Erfolgsmodell?“ am 8. April 2022 im Landtag von Stuttgart stieß auf breites Interesse bei allen maßgeblichen Medien im Land. Diese berichteten jeweils ausführlich über die vom RLV einmal mehr deutlich benannten Problemfelder.

Es gibt glücklicherweise nur noch ganz vereinzelte Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die sich in ihren Landesteilen dem dringlichen Thema der Nachwuchssorgen des Mittelstands verschließen. Genau diese verkennen auch den Zusammenhang einer starken Wirtschaft im Land mit der nichtakademischen Bildung, was sie (aus welchen Gründen auch immer) konsequent in ihrer Berichterstattung zur Bildungspolitik seit Jahren schlicht außen vor lassen. Der eklatante Fachkräftemangel, gerade in den hochqualifizierten nichtakademischen Berufen, wird uns im einstigen „Musterländle“ gesellschaftlich allen auf die Füße fallen, wenn die Bildungspolitik weiterhin Realschulen und Hauptschulen systematisch schwächt und jetzt nicht endlich zeitnah reagiert. Der Heterogenität und Vielfalt der Schülerin-

nen und Schüler begegnet man eben mit einer Vielfalt in der Schullandschaft und nicht mit einer eierlegenden Wollmilchsau, die pädagogisch alles abdecken soll! Die Reaktionen des Kultusministeriums sind bislang, wie schon in der Pressekonferenz vorausgesagt, Lippenbekenntnisse und nicht an der Sachlage orientiert.

→ RHEINLAND-PFALZ



Timo Lichtenthäler

Lehrkräfte und Schulleitungen haben mit großem Engagement die Schulen bereits zum zweiten Mal in Folge durch einen Corona-Winter geführt. Die Ankündigung einer „Corona-Sonderzahlung“ war daher wichtig und richtig. Der VRB erkennt diese Entscheidung der Landesregierung an, warnt aber davor, es bei dieser Geste zu belassen. Die Kolleginnen und Kollegen haben die größtmögliche Unterstützung und auch Wertschätzung der Landesregierung bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen verdient. Des Weiteren beklagen wir die geringen Fortschritte bei der Digitalisierung, die nicht durch bürokratische Hürden ausgebremst werden darf, und die vielfach noch unzureichende Ausstattung der Schulgebäude mit Raumluftfiltern und Klimaanlage. Die Schulen benötigen eine an der Praxis orientierte wirksame Verbesserung der Rahmenbedingungen und vor allem eine nachhaltige Lehrerversorgung. In unserer Pressemitteilung vom 10. Februar 2022 haben wir daher wiederholt eine Einstellungsoffensive gefordert.

Am 12. November 2021 startete das rheinland-pfälzische Bildungsministerium mit einem Zukunftskongress die Initiative „Schule der Zukunft“. Angesichts großer gesellschaftlicher Veränderungen und des rasanten technischen Fortschritts müssen Bildung und Schule weiterentwickelt werden. Der eingeschlagene Prozess bietet die Chance, dass Schulen innerhalb eines verbindlichen und einheitlichen Rahmens mehr Raum für die Profilbildung und Weiterentwicklung an ihrem regionalen Standort eröffnet und ermöglicht wird. Der Verband Reale Bildung (VRB) hat unlängst darauf verwiesen, dass die ehemalige Landesregierung viele Baustellen nicht abgeschlossen hat: „Wer die „beste Bildung“ will, muss selbst investieren und für beste, zumindest gute Arbeits- und Rahmenbedingungen Sorge tragen.“ Wohin führt die Reise zur Schule der Zukunft also? Ist es nur eine hohle Marketing-Phrase? Sollen überkommene Bildungsideologien bedient

werden? Oder ist es ein tatsächlicher Aufbruch? Unserer Einschätzung nach ist das noch völlig offen. Die Landesregierung wird an ihren Ankündigungen zu messen sein. Der Verband Reale Bildung wird die Initiative „Schule der Zukunft“ weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.

→ SACHSEN-ANHALT



Anna Katharina Müller

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Schulabbrüche deutlich gestiegen. Sachsen-Anhalt liegt auf den hinteren Rängen. Nach einer Kooperation zwischen dem Bildungsministerium und der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg, die eine Studie zu den Ursachen des Schulabbruchs herausgeben hat, ist vor allem der Schulabsentismus als Problem benannt worden. Auch Kriterien, wie die Qualität des Unterrichts, oder die Praxisferne der Unterrichtsinhalte, das Schulklima und Mobbing spielen hierbei eine Rolle. Das Bildungsministerium hat darauf reagiert und den Praxislernertag als Modellversuch, sowie die Erneuerung des Produktiven Lernens in Schule und Betrieb angestrebt. Es wurden mehr Gelder für die Schulsozialarbeit „Schulerfolg sichern“ bereitgestellt und 71 neue Stellen für pädagogische Mitarbeiter geschaffen. Jedoch werden diese Ressourcen nicht ausreichen. Es fehlen immer noch pädagogische Mitarbeiter und Schulpsychologen. Zudem muss die Digitalisierung in den Schulen vorangetrieben werden. Bisher laufen die Prozesse immer noch schleppend. Der Sekundarschullehrerverband sieht dies kritisch. Er fordert, dass die Gelder endlich in den Schulen ankommen müssen.

Der Lehrermangel in Sachsen-Anhalt hat sich verschärft. Anfang Dezember und Anfang März wurden jeweils 900 Stellen in Sachsen-Anhalt ausgeschrieben, davon jeweils 434 Stellen im Dezember für den Sekundarbereich I und 353 Stellen im März. In der Dezember-Ausschreibung konnten viele Stellen vergeben werden. Jedoch in der März-Ausschreibung sind lediglich 30 Prozent aller Stellen vermittelt worden und davon ging die Hälfte an Seiten- und Quereinsteiger. Selbst Stellen mit einer Amtszulage konnten nicht besetzt werden. Es zeigt sich, dass finanzielle Anreize nicht helfen werden, den Mangel zu beheben. Es braucht neue oder andere Instrumente und Ideen. Die aus der Ukraine geflüchteten Jugendlichen und Kinder sollen

in Schulstandorten in Willkommensklassen beschult und untergebracht werden. Es wurde auf die Möglichkeit des digitalen Lernens mit Materialien vom ukrainischen Server hingewiesen. Zudem wurden ukrainische Lehrkräfte eingestellt.

Die Endphase des zweiten Corona-Schuljahres beklagten die meisten Schüler als einen Stresstest. Trotz monatelanger Fernlehre mussten sie unverändert viele Klausuren schreiben oder aber Ersatzleistungen erbringen. Die Infektionszahlen steigen weiterhin rasant und der Distanzunterricht ist ein großes Problem. Das Personal an den Schulen erreicht eine Impfquote von neunzig Prozent. Ausreichend zur Verfügung gestellt werden Schnelltests, die jedoch nach der Expertise des Paul-Ehrlich-Instituts nur wenig verlässlich sind. Die Maskenpflicht im Unterricht wurde aufgehoben und führte dazu, dass die Zahlen explosionsartig angestiegen sind. Eine Impfkampagne fordert die über zwölfjährigen Schüler auf, sich freiwillig impfen zu lassen. In den Schulen werden jetzt CO₂-Ampeln und Luftfilter eingesetzt. Jedoch ist den Schulen unklar, wer die Anlagen warten wird. Jede Schule versucht ein eigenes Vorgehen zu etablieren. Deshalb haben Schulleiter gefordert, dass vom Land eine Evaluation durchgeführt und einheitliche Qualitätsstandards erhoben werden sollen. Ferner soll es für einzelne Landkreise unterschiedliche Maßnahmen geben, je nach Inzidenz, um dem Geschehen Herr zu werden. Seit dem 7. März ist die Maskenpflicht im Unterricht aufgehoben und die Testung erfolgt lediglich drei Mal wöchentlich. Diese Maßnahme hat in vielen Schulen zu einem sprunghaften Anstieg der Fallzahlen geführt. Viele Schüler und Lehrkräfte befinden sich deshalb derzeit in Quarantäne. Gerade die Schülerinnen und Schüler in den Abschlussklassen sind davon betroffen, was als kritisch zu bewerten ist. Das Land hat deshalb Eingrenzungen der Abschlussprüfungen und verlängerte Vorbereitungsstage eingeführt, um den Problemen der Corona-Pandemie entgegen zu wirken.



Karen Claassen

abschlussbezogene Bildungslandschaft in ihren Grundzügen zu erhalten. Die in-

→ SAARLAND

Mit der Landtagswahl am 27. März 2022 und dem Erreichen der absoluten Mehrheit der SPD wird es immer schwerer, eine leistungsorientierte und abschlussbezogene Bildungslandschaft

inklusive Schullandschaft ist im Saarland gesetzlich festgeschrieben und schließt die Förderschulen als Schulen für spezielle Förderungen nach und nach aus. Die Entwicklung in diese Richtung wird nun sicherlich forciert werden. Ohne eine wesentliche Erhöhung der Lehrerplanstellen und die Bereitstellung von Ressourcen auf vielen Ebenen, werden weder das angestrebte „Gymnasium Plus“ noch die Umsetzung der inklusive Schule eine Erfolgsgeschichte. Also drücken wir die Daumen, dass das nun durch die SPD geführte Finanzministerium einen guten finanziellen Rahmen schafft, um Bildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient.

→ SACHSEN



Petra Müller

Sachsen kehrte als erstes Bundesland am 25. April 2022 zum Normalbetrieb an den Schulen zurück. Angesichts der noch herrschenden Inzidenzen wird diese Maßnahme sehr kritisch betrachtet. Die Einschätzung des Kultusministers Piwarz, dass es keine Defizite bei den Abschlussjahrgängen auf Grund der Corona-Pandemie gäbe, ist aus der Blickrichtung der Eltern und Lehrkräfte sehr gewagt. Die verfehlte Personalpolitik in den beiden letzten Jahrzehnten rächt sich zurzeit dramatisch. Der Grundbedarf kann zum Beispiel an den Oberschulen kaum noch abgedeckt werden. Unterricht fällt in hohen Größenordnungen aus. Die Lehrkräfte sind an ihrer Belastungsgrenze angelangt und die Forderungen nach Entlastung werden durch die Lehrverbände immer nachdrücklicher artikuliert.

Eine Initiative des Kultusministeriums zur Gewinnung von Lehrkräften, die sich auch an Abiturienten richtet, die ein Studium beginnen wollen, kommt viel zu spät und wird den Oberschulen wenig nutzen. Ausgebildeten Nachwuchs für Oberschulen gibt es fast keinen und auch der Seiteneinsteigermarkt ist fast schon leergefegt. Die ländlichen Bedarfsregionen sind in den Augen vieler Absolventen nicht attraktiv genug. Die aktuellste Herausforderung ist die Integration ukrainischer Flüchtlingskinder. Dazu werden zunächst befristete Arbeitsverträge für geeignete Lehrkräfte und Betreuer bis zum Sommer 2022 ausgestellt. Der tatsächliche und zukünftige Bedarf ist nicht abschätzbar und wird auch für sächsische Lehrerinnen und Lehrer zu neuen Herausforderung.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN



Sven Christoffer

Am 16. Februar hat der nordrhein-westfälische Landtag das „Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen“ (16. Schulrechtsänderungsgesetz) beschlossen. Lehrer nrw sieht einige Pluspunkte und ein gravierendes Manko in dem Gesetzeswerk. Es ist loblich, dass die Landesregierung den Schulen mit dem 16. Schulrechtsänderungsgesetz mehr Eigenverantwortung und mehr Freiräume gewähren will. So gibt es zum Beispiel zusätzliche Möglich-

keiten zur Profilbildung, so dass die Schulen ihre Stärken und Charakteristika noch deutlicher herausarbeiten können. Die gesetzliche Verankerung eines Rahmens zur Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Arbeits- und Kommunikationsplattformen trägt der rasant fortschreitenden Digitalisierung Rechnung.

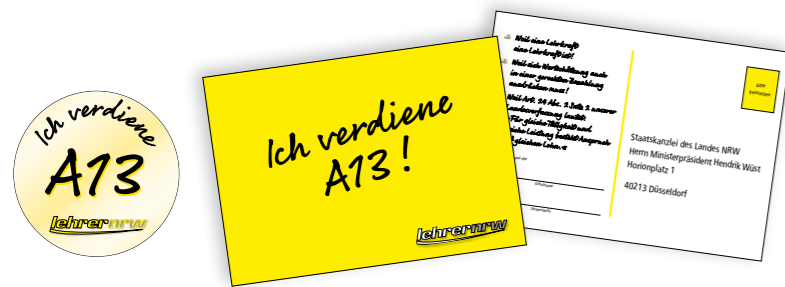
Im Grundsatz positiv zu sehen sind auch die erweiterten Erprobungsspielräume im Rahmen der schulischen Selbstverwaltung und Eigenverantwortung (§25). Hier sind Abweichungen von den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen möglich, um innovative Wege zum Beispiel in der Unterrichtsorganisation und Schulmitwirkung zu eröffnen. Das stärkt die Position der Schul-

leitungen und der Lehrkräfte vor Ort – zumindest in der Theorie: Denn ein Zusatz im Gesetzesentwurf besagt, dass entsprechende Vorhaben nur dann genehmigt werden können, wenn sie keine Kosten verursachen. „Damit erstickt die Landesregierung viele gute Ideen und Konzepte im Keim“, kritisierte der lehrer nrw-Vorsitzende Sven Christoffer anlässlich einer Anhörung im Schulausschuss des Landtags am 18. Januar. „Das ultimative Gebot der Kostenneutralität wird neben dem ohnehin allgegenwärtigen Personalmangel zum Hemmschuh. Wer Innovationen will, darf Investitionen nicht ausschließen.“

AUS DEN LÄNDERN

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

„Ich verdiene A13!“



Mit diesem Slogan hat lehrer nrw am 28. März eine Kampagne gestartet, um im Vorfeld der NRW-Landtagswahl die Forderung nach einer gerechten Bezahlung für alle Lehrkräfte nochmals in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit zu rücken.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in den letzten Wochen reichlich Post bekommen. Tausende Postkarten sind auf dem Schreibtisch des jungen Landesvaters gelandet. Sie erinnern ihn daran, dass noch ein Wahlversprechen offen ist. „Ich verdiene A13“ steht auf den lehrer nrw-gelben Postkarten. Sie bilden den Mittelpunkt einer Kampagne, mit der lehrer nrw seiner Forderung nach einer Eingangsbesoldung nach A13 bzw. Eingangsvergütung nach E13 kurz vor der Landtagswahl am 15. Mai nochmals Nachdruck verleiht. Am 28. März ist die Kampagne angelaufen. An diesem Tag wurden 75.000 Postkarten an über 1.000 Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen und Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen verschickt. Alle Kolleginnen und Kollegen waren aufgefordert, die Postkarten zu unterschreiben und an Ministerpräsident Wüst zu schicken. In

einem begleitenden Anschreiben an die Lehrerräte wurden die Hintergründe und der Ablauf der Kampagne erläutert. Darin heißt es: „Seit der Reform des Lehrerausbildungsgesetzes im Jahre 2009 ist die Ausbildungsdauer aller Lehramtsstudiengänge in NRW gleich. Damit ist auch die rechtliche Grundlage für eine einheitliche Besoldung/Vergütung aller Lehrkräfte geschaffen worden. Maßgeblich ist in diesem Zusammenhang Artikel 24, Absatz 2, Satz 2 unserer Landesverfassung: 'Für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung besteht Anspruch auf gleichen Lohn.' Jedoch haben weder die rot-grüne Landesregierung (2010–2017) noch die aktuell regierende schwarz-gelbe Landesregierung die vergütungs- und besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der Reform des Lehrerausbildungsgesetzes von 2009 gezogen.“ Für lehrer nrw ist klar: „Eine leistungsgerechte

Bezahlung der Lehrkräfte an Schulen der Sekundarstufe I sowie an Grundschulen ist eine Frage der Gerechtigkeit und steigert gleichzeitig die Attraktivität des Lehrerberufs in NRW!“ „Ich verdiene A13!“ ist ebenfalls auf tausenden von Magnetstickern und Aufklebern zu lesen, mit denen Lehrkräfte überall ihre Unterstützung für das A13-Ziel dokumentieren können. Teil der Kampagne ist zudem ein großformatiges Plakat. Es weist am schwarzen Brett aufmerksamkeitsstark auf die Aktion hin.

Auch bei der Delegiertenversammlung des VDR im Rahmen des Bundesrealschultages vom 31. März bis 2. April in Mannheim stieß die Kampagne auf sehr positive Resonanz. Der VDR unterstützt das Anliegen von lehrer nrw ausdrücklich.



Gemeinsam für eine gerechte Lehrerbeseoldung: Jürgen Böhm, Vorsitzender des VDR (li.), und sein Stellvertreter, lehrer nrw-Vorsitzender Sven Christoffer.

→ SAARLAND

VRB Saarland fordert Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung wegen Pandemie und Ukraine-Krieg

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert erneut einen Ausbau der schulpsychologischen Unterstützung und Versorgung der Schulen im Saarland. Die gehäuften und einschneidenden Ereignisse wie Pandemien und Kriegssituationen bedeuten für Kinder und Jugendliche eine enorme seelische Belastung. Sie entwickeln vor dem Hintergrund der jüngsten Kriegshandlungen Ängste, dazu benötigen sie Orientierung und Hilfe.

„Schulpsychologinnen und Schulpsychologen verfügen über die umfangreiche Expertise in Bereichen wie psychologischer Beratung, Konfliktbearbeitung und Krisenintervention“, erklärt Karen Claassen. „Wir brauchen einen Ausbau der Versorgung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, wie wir das bereits gefordert hatten, eine Weiterentwicklung der außerschulischen Beratungsangebote und der Jugendhilfe.“ Gerade in Zeiten des Ukraine-Konflikts und der Flucht von tausenden Menschen in die Bundesrepublik stehen nun auch die Schulen vor neue und zusätzliche Herausforderungen. „In die Kinder, die Schreckliches erlebt haben und tief in ihrem Inneren von den Erfahrungen der letzten Wochen und Monaten traumatisiert sind, hineinzuschau-

en, fällt sehr schwer. Lehrkräfte allein können die Aufgaben ohne professionelle Begleitung und Unterstützung nicht bewältigen“, so Claassen. Bisher wurden kaum neue Stellen geschaffen – und das unter den nun seit mehreren Jahren andauernden Bedingungen. Um Schulen wirklich zu helfen, braucht es darüber hinaus mehr Lehrkräfte, nun auch mit benötigten Fremdsprachenkenntnissen, Sprachförderlehrer sowie mehr Unterstützungsangebote von außen. Die Praktiker vor Ort wissen, was sie benötigen und haben das auch mehrfach gefordert, leider ohne große Resonanz. Wir brauchen keine Entscheidungsträger, die alle weiteren Aufgaben den Lehrkräften an Schulen zum Nulltarif aufbürden.

Wir brauchen dringend Kampagnen, Geld und neue Planstellen, um den Personalmangel – hauptsächlich an Grundschulen, Förderschulen und Gemeinschaftsschulen – aufzufangen. Lehrer und Betreuungspersonal kurzfristig zu finden muss priorisiert und die Wertschätzung für die Lehrkräfte spürbar verbessert werden. Längerfristig muss in Studium und Ausbildung fachlich und monetär investiert werden. Die Bildung unserer Kinder muss es der Politik wert sein!

→ BADEN-WÜRTTEMBERG

Starke Realschule. Starkes Land. Gefährdet Baden-Württemberg sein Erfolgsmodell?



Die Anmeldezahlen an weiterführenden Schulen für Baden-Württemberg stehen fest. Auch im kommenden Schuljahr 2022/23 wechseln 34,7 Prozent aller Grundschüler auf die Realschule. Damit ist die Realschule nach dem Gymnasium die mit Abstand beliebteste Schulart im Land.

In einer repräsentativen Studie des Marktforschungsinstituts INSA, die im Auftrag des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg (RLV) und des Bayeri-

schen Realschullehrerverbands (brlv) im vergangenen Oktober durchgeführt wurde, stimmten 74 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg unter anderem der

Äußerung zu, dass die Schulart Realschule es den Schülerinnen und Schülern am besten ermöglicht, sich auf ihren späteren beruflichen Werdegang vorzubereiten. Kein Wunder, denn die Realschule setzt auf die Leistung ihrer Kinder und bietet mit ausgeprägter Fachorientierung und gleichzeitigem Praxisbezug einen idealen Übergang auf berufliche Schulen/Gymnasien oder ins Berufsleben.

DIE REALSCHULE STEHT NICHT MEHR ZUR DISPOSITION!

Die nunmehr zehnjährige Existenz der Gemeinschaftsschule mit ihrer besonderen Pädagogik wie auch besonderen Finanzunterstützung oder etwa der anhaltenden Bevorzugung hinsichtlich des Klassenteilers hat daran offenkundig nichts geändert. Im Gegenteil, mancherorts platzen Realschulen geradezu aus allen Nähten. Der Zuspruch ist gewaltig. Seit Jahrzehnten waren unsere Realschulen Garant für ausgezeichnete, moderne

und stets zukunftsgerichtet Bildung und sie sind es noch!

Nein! Die Realschule steht nicht mehr zur Disposition, so wie es seinerzeit Grün-Rot in ihrem ideologisch fanatisierten Kreuzzug gegen Realschulen und gegen ein drei- bzw. differenziert mehrgliedriges Schulsystem bis hin zur „Nahtoderfahrung“ unter den Realschulen im Land betrieben hatte! Aktuell klingt das ständige Beteuern im grünen Kultusministerium, man wolle die Realschule ja nicht abschaffen, seltsam aus der Realität gefallen. Denn es waren und sind die Eltern, die das alles schon lange mit den Füßen abstimmen und sich in deutlich überwiegender Mehrzahl (da, wo die Gemeinschaftsschulen nicht alternativlos politisch flächendeckend durchgesetzt wurde) für eine Schule des differenzierten Schulsystems entscheiden.

Doch die Realschule hat sich noch nicht von den ideologisch motivierten Erschütterungen und Destabilisierungen der Legislaturperiode unter Grün-Rot erholt. Bildungstektonisch kam es zu verhängnisvollen Verschiebungen, die bis heute ungünstig nachwirken: Aus der einstigen Verbindlichkeit der Grundschulpflicht wurde Beliebigkeit der Schulwahl, welcher ein völlig verquastenes Gleichheits- und Gerechtigkeitsverständnis zugrunde liegt, unabhängig von Leistungsfähigkeit und Begabungen der Kinder. Bildungsgerechtigkeit muss auch bedeuten, der Unterschiedlichkeit von Kindern in unterschiedlichen Bildungswegen gerecht zu werden! Das Grün-Rote Wolkenkuckucksheim ‚Abitur für alle‘ und eine sukzessive Nivellierung aller Schularten hat üble Spuren hinterlassen.

DIE HAUPTSCHULE WIRD FÜR PRAKTISCH BEGABTE SCHÜLERSCHAFT DRINGEND GEBRAUCHT

In dem Maß, in dem man die ‚Schule für Alle‘ und die Akademisierung der Gesellschaft durchsetzen wollte, qualifizierte man die berufliche Bildung ab. Mit der Einführung des Hauptschulabschlusses 2015 versuchte man die Realschule zu einer Schule für alle zu machen. Aber die Hauptschule wird für die eher praktisch begabten Schülerinnen und Schüler dringend gebraucht! Baden-Württemberg war im Ländervergleich bis 2011 bestens aufgestellt. Heute dümpelt das Land auf bestenfalls mittleren Plätzen. Im INSM-Bildungsmonitor 2021 landet Baden-Württemberg im Ländervergleich auf Platz 13.

Schon längst sind Fehler aufgezeigt und falsche Weichenstellungen erkannt! Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die breit angelegte Studie von Hartmut Esser und Julian Seuring genannt (Esser, H./Seuring, J.: Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. In: Zeitschrift für Soziologie 2020, 49/5–6, S. 277–301). Sie belegt, was die Praktiker schon lange wissen, nämlich dass alle, aber gerade schwächere Schülerinnen und Schüler von einem differenzierten, vielgliedrigen Bildungssystem profitieren.

EIN SACHLICH FACHLICHER DISKURS ÜBER FEHLENTWICKLUNG FINDET NICHT STATT

Die gegenwärtige Politik aber stellt sich nicht dem Versagen der Vergangenheit! Ein sachlich fachlicher Diskurs über Fehlentwicklungen findet nicht statt. Dabei müsste der eklatante Fachkräftemangel im Land alle aufschrecken. Die IHK-Stuttgart veröffentlicht aktuell auf ihrer Homepage, dass die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg vor allem auf ihrem qualifizierten Fachpersonal beruht und dass eine ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften auf allen Qualifikationsstufen somit für eine dauerhafte wirtschaftliche Prosperität des Südwestens entscheidend ist. Schon heute, das zeigen die IHK-Konjunkturumfragen, sieht jedes dritte Unternehmen in Baden-Württemberg im Fachkräftemangel ein akutes Geschäftsrisiko. Insbesondere das Angebot an Meistern, Fachwirten, Technikern und Fachkaufleuten (nichtakademisch ausgebildete Fachkräfte mit hoher Qualifikation) wird, so vermutet die IHK, im Jahre 2035 um bis zu 31 Prozent hinter der Nachfrage zurückbleiben.¹

Das Erfolgsmodell Realschule ist, aber vor allem war, der Garant für diese hohe Qualifikation im nichtakademischen Bereich. Für alle Schularten wird in Zukunft gelten: Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge gehören in die Schulen hinein und Schülerinnen und Schüler in die Wirtschaft hinaus. Aber nicht planlos, sondern differenziert. Denn auch für die Berufsorientierung gilt, dass unterschiedliche Kinder unterschiedliche Wege brauchen.

Was für ein fataler Trugschluss, dass es außer Gymnasiasten nur eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern gibt, die nun alle sukzessive gleich zu beschulen wären. Unterschiedliche Kinder

brauchen unterschiedliche Schularten für ihre vielfältigen Zukunftsentwürfe, die eben so unterschiedlich sind, wie ihre Fähigkeiten und Begabungen. Doch wider besseres Wissen, gegen empirisch herbeigeführte Forschungsergebnisse, kurzum Realität, aber zugunsten ideologisch vorgegriffener Traumtänzerie auf parteipolitischem Beton, wird die Vereinheitlichung bzw. Nivellierung der Schularten nach unten beständig weiter betrieben. Beispiele dafür: Vereinheitlichung/Nivellierung der Lehrerbildung an den Hochschulen, Vereinheitlichung/Nivellierung der Bildungspläne, Vereinheitlichung/Nivellierung der Prüfungen, Vereinheitlichung/Nivellierung der Referate im Kultusministerium (neu geframed als „Vermeidung von Doppelbefassungen“), Hauptschulabschluss an der Realschule (neu geframed als „Unterrichten auf unterschiedlichen Niveaus“) u.v.m.

Das gefährdet die Vielfalt unserer Bildungslandschaft in Baden-Württemberg und entkernt die Pädagogik der Schulart Realschule. Baden-Württemberg gefährdet sein Erfolgsmodell Realschule!

DAS LAND RISKIERT NUN SEIT JAHREN NICHT NUR SEINE NOCH VIELFÄLTIGE SCHULLANDSCHAFT, SONDERN AUCH SEINEN WOHLSTAND

Fazit: Der Realschullehrerverband fordert eine Schulpolitik, die sich jenseits von Ideologie an der Realität ausrichtet. Der faktisch fortschreitenden Entwertung der Realschule steht eine Inflation von substanzlosen Lippenbekenntnissen gegenüber. Es reicht! Wer ständig beteuert, die Realschulen seien wichtig, sie aber parallel sukzessive schwächt und assimiliert und die ebenso wichtigen Hauptschulen fallen lässt, ist mitverantwortlich für einen geschwächten Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Das Land riskiert nun seit Jahren nicht nur seine noch vielfältige Schullandschaft, sondern auch seinen Wohlstand. Auf externe Turbulenzen zu verweisen ist billig, wenn man intern seine Hausaufgaben nie gemacht hat!

Dr. Karin Broszat
Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands
Baden-Württemberg RLV

¹ <https://www.stuttgart.ihk24.de/serviceleiste/fachkraeftesicherung/demografierechner/zahlen-und-fakten-zum-fachkraeftemangel-666498>

→ NIEDERSACHSEN

Torsten Neumann zum Landesvorsitzenden wiedergewählt

Auf dem 28. Vertretertag in Hannover ist Torsten Neumann mit 95 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Landesvorsitzenden des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte -VNL wiedergewählt worden. Der 55-jährige Neumann aus Hermannsburg unterrichtet an der Anne-Frank-Oberschule in Bergen im Kreis Celle. Es ist seine zweite Amtsperiode.

Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Diana von Harten aus Hatten-Sandkrug, Matthias Fricke aus Braunschweig und Klaus-Jürgen Maurer aus Wunstorf sowie als Geschäftsführer Ottmar Framke aus Barsinghausen. Als Schriftwart wurde der Celler Karlheinz Kaden wiedergewählt. Dieter Beckmann aus Sandkrug ist als Landeskassenwart in seinem Amt bestätigt worden. Der VNL begrüßt ausdrücklich die Ankündigung von Ministerpräsident Stephan Weil, dass die SPD zukünftig mehr Geld

für die Bildung zur Verfügung stellen will, auch mittels Schulen. Weils Einsicht, dass A13 für alle Lehrkräfte, auch für die Grund-, Haupt- und Realschullehrer, kommen muss, ist überfällig. „Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen und gefordert, alle Lehrkräfte mindestens nach A13 zu besolden. Anders wird es kaum noch möglich sein, genügend neue Lehrkräfte für Niedersachsen zu begeistern. Es darf aber kein Wahlkampfespektakel bleiben, die Umsetzung hätte bereits



jetzt schon erfolgen müssen und können“, so Torsten Neumann unter starkem Beifall der Delegierten.

→ SACHSEN-ANHALT

Sekundarschule in Schkopau kürt Gewinnerin des Vorlesewettbewerbs. Doch gewonnen habe eigentlich alle.



Sprache gilt, so sind sich die Experten einig, als Schlüsselkompetenz für den Bildungserfolg und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie ist die Voraussetzung für Wissenserwerb.¹ Sprache ist unser wichtigstes Vehikel der Kommunikation, unser im wahrsten Sinne „Wortschatz“.

Sprache ist aber auch kein Selbstverständnis. Es ist eine Fertigkeit, die, einmal gelernt, trainiert, optimiert und erweitert werden kann. Dazu sind nicht zuletzt die Schulen in der Verantwortung, so sollen die Schülerinnen und Schüler im Unterricht fächerübergreifend „(...) immer wieder zum korrekten mündlichen sowie schriftlichen Sprachgebrauch motiviert und angehalten werden.“² Ziel ist es, mündliche und schriftliche Kommunikation gleichzeitig als erlebbares im Alltag und weiter erlernbares Prinzip im Grammatikunterricht zu verstehen. Die Sekundarschulen haben hierbei besonders den Auftrag, die Sprachbildung als Vorbereitung der Berufsbildung auszurichten. In die Praxis kann dies ganz unterschiedlich transferiert werden. Es gibt einige Projekte aus Wirtschaft und Medien, die die Förderung der Lesekompetenz von extern unterstützen.

Die Sekundarschule „Saale-Elster-Auen“ in Schkopau nimmt z.B. jedes Jahr erfolgreich am Vorlesewettbewerb der Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereines des Deutschen Buchhandels teil. Unter kritischen Augen und besonders kritischen Ohren der Jury sie 1. Dezember 2021 den Schulausscheid des Vorlesewettbewerbs durch. Nachdem in den beiden 6. Klassen insgesamt 47 Schülerinnen und Schüler ihr Können im Vorlesen zunächst innerhalb der Klassen unter Beweis stellten, musste

nun eine Schulvertreterin bzw. ein Schulvertreter für den Kreisentscheid im Februar ermittelt werden. Die jeweils zwei besten Leserinnen und Leser der Klassen traten in der Aula der Schule gegeneinander an. Gelesen wurde eine vorbereitete sowie eine den Kindern vorher unbekannt Textstelle. Die Klassenkameradinnen und -kameraden hörten aufmerksam zu und warteten gespannt auf das Ergebnis der dreiköpfigen Jury. Darin saß neben einer Bibliothekarin und der Schulleiterin auch der Leunaer Kinderbuchautor Jürgen Jankofsky. Alle drei waren sich, trotz engem Rennen, schnell einig. Die Gewinnerin tritt beim Kreisentscheid im Februar 2022 an.

Nach der Veranstaltung präsentierte Autor Jankofsky Auszüge aus seinem neuen Kinderbuch „Hutzelmann und Himmel weit“, welches bisher unveröffentlichte Geschichten aus dem Nachlass von Walter Bauer enthält. Die Kinder freuten sich über seinen Besuch – einem echten Schriftsteller so nah waren alle noch nie. Für die Gewinnerin geht es in die nächste Runde. Sie kann es bis zum Bundesfinale im Sommer 2022 schaffen, bei dem die 16 Landessiegerinnen und -sieger in Berlin um den Bundessieg lesen. Eine prominente Jury, zu der auch der Vorjahressieger bzw. die Vorjahressiegerin gehört, kürt den besten Vorleser bzw. die beste Vorleserin des Jahres. Das Finale wird im rbb und auf KiKA ausgestrahlt.

Das rege Interesse am Wettbewerb zeigt, dass viele Kinder auch heute, neben Social Media, gerne lesen. Wir als Lehrkräfte dürfen und müssen unser Engagement hier nicht aufgeben. Wir dürfen und müssen nur die, größtenteils digitale, „Lesewelt“ der Schülerinnen und Schüler als gegeben akzeptieren und sie bestenfalls im Unterricht mit klassischen Lesanlässen, wie bei Büchern, anreichern. Das gehört heute zur Förderung der Lesekompetenz dazu.

Steve Fellgiebel

¹ vgl. u. a. Bereznai, Anja (2017): Mehr Sprache im frühpädagogischen Alltag: Potentiale erkennen, Ressourcen nutzen. Freiburg: Verlag Herder GmbH. 88.

² Sachsen-Anhalt, Ministerium für Bildung, Kompetenzentwicklung und Unterrichtsqualität. Grundsatzband. 13.

Die Seniorenvertretung des VDR wieder in Aktion

Zwei Jahre mussten die Seniorenvertreterinnen und -vertreter aus den VDR Landesverbänden warten, bis sie sich wieder zu einem Seminar in Präsenzform im dbb forum Königswinter bei Bonn treffen konnten.



Seniorenvertreterinnen und -vertreter aus den VDR Landesverbänden beim gut besuchten Seminar 2022. Bundesvorsitzender Jürgen Böhm (Mitte) mit Friedenstaube

In diesem Jahr hatte die Vorsitzende Christa Nicklas vom 25. März bis zum 27. März eingeladen. „Seniorenpolitik“ mit ihren zahlreichen Facetten stand auf der Tagesordnung. Zur Tradition gehört es, dass immer auch ein kulturelles Highlight auf dem Programm steht.

In diesem Jahr besuchte die Gruppe die von Stellvertreter Wilfried Rausch organisierte Ausstellung in der Bonner Bundeskunsthalle „Das Gehirn in Kunst und Wissenschaft“. Die Teilnehmer waren beeindruckt von dieser faszinierenden Ausstellung, die einen Besuch lohnt.

Böhm: Demokratie-Erziehung fördern

Seniorenpolitik aus erster Hand garantierte VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm, zugleich stv. Bundesvorsitzender vom Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion. In seinem Vortrag ging er zunächst auf die aktuellen Herausforderungen ein, die zur Zeit sehr viele Menschen beschäftigen. „Wir müssen der Realität des Ukraine-Konflikts ins Auge sehen“, begann er seine Ausführungen. „Es geht um die volle Unterstützung der Men-

schen, die in eine freie demokratische Ukraine zurück wollen.“ Die Wehrhaftigkeit der Demokratie müsse sich auch in diesem Konflikt beweisen. Böhm forderte insbesondere eine Stärkung der politischen Bildung und Demokratieverziehung für die Jugendlichen im Unterricht ein und betonte die Notwendigkeit einer regelmäßigen Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für die Grundwerte einer freien Gesellschaft. Bei den Auswirkungen von Corona und dem Weg aus der Pandemie hatte der Bundesvorsitzende vor allem die Bildungspolitik im Auge. So nannte er als Folgerungen für die Arbeit des VDR die Stärkung der differenzierten Bildung, der Lehrerbildung und das zentrale Bemühen, die Digitalisierung weiter voran zu bringen.

Nullrunde für Pensionärinnen und Pensionäre

Böhm berichtete weiter über die Tarifverhandlungen zum TV-L im November 2021 und über die Situation der Pensionärinnen und Pensionäre, bei denen die Versorgungsbezüge für volle 14 Monate nicht erhöht werden sollen – angesichts hoher Inflation von mehr als 7 Prozent und gleichzeitig steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten ein durchaus großes Problem für viele Betroffene.

Friedenstaube Edith Stein

Werner Hillen, Seniorenvertreter für den Verband Saar, erhielt die Bundesverdienstmedaille für sein langjähriges Engagement gegen Rassismus, Gewalt und für Erinnerungsarbeit und Frieden. Zu der hohen Auszeichnung gratulierten Jürgen Böhm und Christa Nicklas und betonten die Notwendigkeit der Friedenserziehung „mehr denn je“ angesichts der aktuellen Lage. An dieser Stelle bot es sich an, auch über den Frieden in der Welt zu sprechen. Werner Hillen stellte sein Projekt „Friedenstaube Edith Stein“ vor. Die Friedenstaube, benannt nach der Philosophin und Holocaust-Opfer Edith Stein, war schon zu vielen namhaften Persönlichkeiten „geflogen“, die in einem Buch ihre Sichtweise des Friedens beschrieben.

Tipps zum Ruhestand

Bei dem Vortrag mit anschließender Gesprächsrunde von Ursula Lenz (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – BAGSO), ging es um Ratschläge und Impulse für den Ruhestand. Die Referentin erklärte, dass viele Menschen mit dieser neuen Phase ihres Lebens, die einen gravierenden Einschnitt darstellt, nicht gut zurechtkommen mit der Folge von psychischen Problemen, verstärktem Medienkonsum und Alkohol.

Vorschläge für einen gelingenden Ruhestand sind:

1. Partnerschaft und Familienleben neu überdenken und gestalten
2. Neue Anregungen suchen und für neue Anforderungen aufgeschlossen sein
3. Anerkennung und Bestätigung, die jeder Mensch braucht, im Ruhestand finden
4. Neue soziale Kontakte suchen gegen Vereinsamung und starken Medienkonsum

Weitere Anregungen, z. B. zum Thema Ehrenamt, werden in einer Broschüre dargestellt (siehe Seite 40). Dazu zählen die gesundheitsbewusste Ernährung, Bewegung, Erhaltung von geistiger Fitness und Neugier und lernen – ein Leben lang.

Polizei Bonn: Sicherheit im Alter

Helene Fuhrmann, ehemalige Polizeibeamtin, heute ehrenamtliche Sicherheitsberaterin beim Kommissariat Vorbeugung in Bonn, beendete den Seminartag mit dem wichtigen Thema für die Generation 65 plus: „Sicherheit im Alter“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten zahlreiche Beispiele, wie Kriminelle mit immer wieder neuen erstaunlich kreativen Fähigkeiten versuchen, vor allem ältere Menschen zu betrügen und sie z. T. erheblich zu schädigen. Exemplarisch seien hier nur genannt: Haustürgeschäfte, falsche Polizeibeamte und Wasserwerker, Enkeltrick, Schockanrufe, Gewinnversprechen. Helene Fuhrmann gab natürlich auch viele praktische Hinweise, wie man sich vor diesen Betrügern und Trickdieben schützen kann. Sicherheitshinweise und Informationsblätter der Polizei in Nordrhein-Westfalen ergänzten ihre Ausführungen.

Dr. Klitzing: Altersbericht und Aktuelles

Der nächste Seminartag wurde weitestgehend von Dr. Horst Günther Klitzing, dem Vorsitzenden der dbb Bundesseniorenvertretung gestaltet. Er legte den 8. Altersbericht der Bundesregierung zum Thema „Digitalisierung als Chance für ein selbst-

bestimmtes Leben“ vor und interpretierte ihn aus der Sicht der Bundesseniorenvertretung. Diese Berichte sind nicht bindend, aber eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Seniorenpolitik des Bundes.

Der Auftrag des 8. Altersberichts an die Bundesregierung liegt darin, herauszuarbeiten, welchen Beitrag Digitalisierung und Technik zu einem guten Leben im Alter leisten können und aufzuzeigen, welche gesicherten Erkenntnisse über den Nutzen und den Mehrwert digitaler Techniken für ältere Menschen vorliegen.

Dr. Klitzing stellte dazu einige ausgewählte Ergebnisse vor:

- Nicht alle Älteren haben im gleichen Maße Zugang zu den digitalen Medien.
- Es gibt reichlich technische Entwicklungen, die für das Leben älterer Menschen besonders wichtig sind.
- Die Verbreitung und Akzeptanz digitaler Technologien in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Pflege, sozialer Integration und Quartiersentwicklung ist recht unterschiedlich, jedoch insgesamt auf niedrigem Niveau.

Der Referent betonte: Die Seniorinnen und Senioren haben eine Stimme durch diesen Altersbericht. In verschiedenen Bereichen sei schon eine Verbesserung eingetreten, es kann und muss aber noch einiges getan werden. Die Pandemie habe Schwächen offengelegt.

Tarifrunde: Ältere Generation fällt durch das Netz

Natürlich war der aktuelle Tarifabschluss wie auch die Benachteiligung der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen durch Nichterhöhung der Versorgungsbezüge für einen längeren Zeitraum ein Thema. Dr. Klitzing nahm Stellung und berichtete, dass die Bundesseniorenvertretung ungehalten ist über den Abschluss. „Die ältere Generation fällt durch das Netz. Eine Anerkennung durch eine Sonderzahlung wäre möglich gewesen.“ Zuständig für Besoldung und Altersversorgung sind die dbb Landesbünde, die hier mit der jeweiligen Landesregierung Gespräche führen. Auch bei der Energiepreispauschale der Bundesregierung werden die Seniorinnen und Senioren wieder gegenüber den Aktiven benachteiligt.



Beim Seniorensseminar überreichte VDR Seniorenvertreterin Christa Nicklas zwei Aufforderungen nach Unterstützung von aktuellen Seniorenanliegen an den Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung Dr. Horst Günther Klitzing

Resolution der Seniorenvertretung Protestnote

Die Teilnehmer des Senioren-Seminars in Königswinter vom 25. bis 27. März 2022 fordern von der dbb bundesseniorenvertretung, dem dbb beamtenbund und tarifunion, den dbb Landesbünden, dem VDR und den Landesverbänden im VDR, sich für unsere ältere Mitglieder mit einer Protestnote zu folgenden Themenbereichen einzusetzen.

1. „Maßnahmenpaket des Bundes zum Umgang mit den hohen Energiekosten“

Die Einmalzahlung von 300 Euro als eine Energiepreispauschale unabhängig vom Einkommen kommt der Generation 65+ nicht zugute. Sie werden nicht entlastet. Das hat die Ampelkoalition mit ihrem Entlastungspaket beschlossen, das Paket soll einen Ausgleich für steigende Energiekosten schaffen. Die Entscheidung, ältere Menschen nicht zu berücksichtigen, kann von uns als Gewerkschaftsvertreter nicht akzeptiert werden.

2. „Null-Runde seit nunmehr 14 Monaten für Pensionäre“

Die Sonderzahlung (Coronaprämie) in Höhe von 1.300 Euro ist für Pensionäre nicht vorgesehen. „Ohne die Prämie“ ist die angekündigte „Eins zu eins“-Übertragung auf die Beamtenbezüge der Pensionäre tatsächlich eine Nullrunde. Eine Abkoppelung der Versorgungs- von den Aktivbezügen führt zu einer Besoldungsspaltung und spielt jung gegen alt aus. Das wird von uns nicht akzeptiert.

Christa Nicklas
VDR Seniorenvertretung
nicklas@brlv.de

Um die Forderungen der Pensionäre zu unterstreichen, übergaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung eine Resolution an Dr. Klitzing, der versprach, sie wohlwollend weiterzuleiten.

Christa Nicklas fasste im abschließenden Resümee noch einmal die Ergebnisse der Tagung zusammen. Für das nächste Seminar einigte man sich auf das Thema „Digitalisierung“, da bei den Anwesenden selbst auch großer Informationsbedarf besteht. Im Namen aller Teilnehmenden dankte Wilfried Rausch der Leiterin Christa Nicklas für ihre seit vielen Jahren kompetente Leitung.

Werner Hillen, VRB Saarland

Weitergehende Informationen



Informationsbroschüre
„Gut beraten im hohen Alter“,
Herausgeber: Polizeiliche
Kriminalprävention der Länder
und des Bundes, 70372 Stuttgart

Websites

www.polizei-beratung.de

www.mimikama.at

(Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch)



Ratgeber BAGSO:
Berufsende in Sicht?! – Annäherung
an eine neue Lebensphase
Bestellung unter
www.bagso.de/publikationen

Überzeugend im Kampf gegen Rassismus, Gewalt und Faschismus

VDR Vertreter Werner Hillen ausgezeichnet



Der VDR Seniorenvertreter für den VRB Saarland Werner Hillen wurde im Dezember 2021 mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Er erhielt damit die höchstmögliche Anerkennung für die Verdienste um das Gemeinwohl für sein unermüdetes und vielseitiges Engagement gegen Faschis-

mus, Krieg und Gewalt. So leitete Hillen die erste Erweiterte Realschule im Saarland, die den Namen „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen durfte. Seit vielen Jahren hat er die Erinnerungskultur mitgeprägt und insbesondere für junge Menschen, aber auch für Lehrer und Senioren Erlebnisse geschaffen und Begegnungen ermöglicht, sei es mit regelmäßigen Besuchen in Frankreich/Verdun und KZ Struthof oder im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz. Als Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) im Saarland leistet er seit 2013 auf weiteren Feldern überzeugende Friedensarbeit, angesichts des Wiedererstarkens nationalistischer Tendenzen von großer Bedeutung.

Auch beim VDR Seniorenseminar berichtete Werner Hillen von seinem eindrucksvollen Fahrtenprogramm nach Verdun. Er wirbt stets dafür, „das Geschehene, so grausam es war, in die Welt zu tragen mit dem Mut, etwas zu verändern und für Freiheit und Frieden zu kämpfen“.

Der Verband Deutscher Realschullehrer gratuliert dem hoch engagierten Kollegen sehr herzlich zur Auszeichnung und wünscht ihm noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens.

Christa Nicklas
VDR Seniorenvertretung
nicklas@brlv.de

Unermüdetlich gegen Faschismus und Gewalt

Anlässlich seiner Ehrung mit der Verdienstmedaille warb Werner Hillen für Erinnerungsarbeit.

NEUNKIRCHEN (nig) Er ist schon wieder fort, Richtung Polen. Gerade erst zurück von zwei Fahrten mit Lehrern ins KZ Auschwitz, brach Werner Hillen am Montag erneut mit 24 Schülern dorthin auf. Terminlich genau eingepasst war die Feierstunde im Rathaus, bei der Kulturlandministerin Christine Strehciak-Clivot ihn mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ehrte. Es ist die höchstmögliche Anerkennung für Verdienste um das Gemeinwohl. „In seinen 43 Jahren als Lehrer hat sich Werner Hillen nachhaltig im Kampf gegen Rassismus, Gewalt und Faschismus engagiert“, erklärte die Ministerin. „Er hat für junge Menschen gemeinsame Erlebnisse geschaffen, Begegnungen ermöglicht und die Erinnerungskultur im Saar-

land mitgeprägt.“ 30 Jahre war der Neunkircher als Schulleiter der Edith-Stein-Schule in Friedrichsthal tätig – die erste Erweiterte Realschule im Land.

setzte Hillen wichtige Impulse in der regionalen Gedenk- und Erinnerungsarbeit. Doris Deutsch war es auch, die ihn für die Auszeichnung vorschlug. Seit 2013 leistet Werner Hillen als Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge auch auf weiteren Feldern Friedensarbeit. Gerade wurde er für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Beteiligt war er zudem an der Neugestaltung des Volkstrauertages im Saarland und dem „Runden Tisch Erinnerungsarbeit“.

Angesichts des „Wiedererstarkens nationalistischer Tendenzen“ ist das Engagement von Menschen wie Werner Hillen enorm wichtig, betonte Bürgermeisterin Lisa Hensler. „76 Jahre Frieden sind nicht genug“, schloss sich Hillen an. „Jeder kann, jeder muss seinen Beitrag dazu leisten.“ Er habe seinen Weg gefunden, in dem er Jugendliche und Erwachsene an Erinnerungsorte führt. Wie eindrücklich die von dort mitgenommenen Erfahrungen sind, veranschaulichte er am Beispiel von Marvin. Auf dem Rückweg vom KZ Struthof hatte der spontan zum Busmüko gegriffen und seine Mitschüler aufgefordert: „Erzähl es jedem, den du siehst und triffst. Denn jeder soll sich so fühlen wie ich. Nur so kann verhindert werden, was damals geschah.“ Hillen selbst wird nicht müde dafür zu werben, das Geschehene, so grausam es auch war, hinaus in die Welt zu tragen. „Und zwar nicht als tiefe Traurigkeit, sondern als feurigen Mut, etwas zu verändern und für die Freiheit zu kämpfen. Lasst uns den Marvin machen!“



Werner Hillen
FOTO: ANJA KERNIG

Werner Hillen wird überregional geehrt...



... und verbandsintern.

Anzeige

Natur mit dem Profi im Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald (UNESCO Global Geopark)

Wisst Ihr noch, wie sich Erde anfühlt? Erlebt Ihr gerne die Stille des Waldes? Möchtet Ihr die faszinierenden Geschichten entdecken, die Steine, Pflanzen und Wasser über unsere Landschaft erzählen können? Wollt Ihr wissen, wo das Urfpferdchen gelebt hat? Unter dem Motto „Natur mit dem Profi“ bietet der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald mit seinen Geopark-Rangern und Geoparkvor-Ort-Teams familiengerechtes, erlebnisreiches Umweltlernen, Landschaftsführungen sowie spannende und informative Aktionen zum ganzheitlichen Erfahren der Natur.

Die Informationseinrichtungen des Geo-Naturparks halten darüber hinaus zahlreiche Tipps und Anregungen bereit. Daneben warten über 5.400 km markierte Wanderwege, 36 Erlebnispfade sowie mehr als 500 Geopunkte und Geotope auf eigene Entdeckungen.

Infos, Magazine und Broschüren zum Download:
www.geo-naturpark.de

DEKIMED®

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin
und Naturheilverfahren

Wir behandeln ganzheitlich:

- Erschöpfung, Überlastungs- und Burn-out-Syndrom
- Depressionen und Ängste
- Chronische Rückenbeschwerden und Schmerzen
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Diabetes und andere Stoffwechselerkrankungen

**Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel,
Psychosomatik und Orthopädie**

Prof.-Paul-Köhler-Str. 3 | 08645 Bad Elster | Hotline: 0800/751 11 11
info@dekimed.de | www.dekimed.de
Ein Unternehmen der Celenus-Gruppe
(Von allen Kostenträgern zur stationären Vorsorge und Reha anerkannt)

Anzeige



**BILDUNGSKONGRESS:
MODERNE SCHULEN SCHAFFEN
Neue Wege der Lehrkräftebildung
und Bildungszusammenarbeit**

**02.06.2022
10:00 - 14:00 Uhr**
Meistersaal
am Potsdamer Platz
Berlin

© Gettyimages-E+RichVintage-143176155

PROGRAMM

10:00 **Begrüßung**
Dr. Maren Jasper-Winter MdA
Mitglied im Vorstand der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Keynote:
Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

**Talk | Zeitenwende in der Bildung:
Herausforderungen und Chancen**
Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Jürgen Böhm
Bundesvorsitzender des
Verbandes Deutscher Realschullehrer – VDR

Prof. Dr. Georg Krausch
Präsident Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
Vorstandsvorsitzender German U15

11:00 **Kaffeepause**

**Panel 1 | Zusammenarbeit von Schulen
und Hochschulen stärken:
Neue Wege der Lehrkräftebildung**
Günter M. Ziegler
Präsident der Freien Universität Berlin,
stellv. Vorstandsvorsitzender German U15

Ferdinand Stipberger
Realschullehrer, Berater digitale Bildung für die
Oberpfalz, Preisträger des Deutschen Lehrerpreises
2019 in der Kategorie "Unterricht innovativ"

Prof. Dr. Britta Freitag-Hild
Stellvertretende Direktorin Zentrum für
Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZeLB)

Verena von Hugo
Co-Vorsitzende,
Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V.

Moderation: **Ute Welty**

ZUM THEMA

Unser Bildungssystem steht vor immensen Herausforderungen. Das Klassenzimmer bleibt dabei der Raum, in dem sich entscheidet, ob Bildung gelingt. Die Voraussetzung sind bestens ausgebildete Lehrkräfte und führungsstarke Schulleitungen. Der Kongress widmet sich daher zwei zentralen Schlüsselfragen. Im ersten Panel blicken wir auf die Lehrkräftebildung und fragen, wie die Verbindung von Universität und Schulpraxis besser gelingt. Wie geht es weiter mit der „Qualitäts-offensive Lehrerbildung“ und wie kann auf die spezifischen Anforderungen des ausdifferenzierten Schulsystems am besten reagiert werden? Zudem geht es um die Rolle der Hochschulen bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften.

Panel zwei widmet sich den politischen Rahmenbedingungen. Dabei soll erörtert werden, wie die Attraktivität des Lehramtsstudiums und des Arbeitsplatzes Schule gesteigert werden und welche Rolle die Politik spielen kann. Herausforderungen sind hier eine moderne Führungskräftekultur an Schulen, die Stärkung multiprofessioneller Teams und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Mit Blick auf die aktuell geltenden Basisschutzmaßnahmen des Landes Berlin in Bezug auf Covid-19 sehen wir für diese Veranstaltung keine besonderen Zugangsvoraussetzung vor. Bitte schützen Sie sich und die anderen Gäste, indem Sie vor dem Besuch des Veranstaltungsortes Ihren Gesundheitszustand überprüfen. Wir empfehlen weiterhin das Tragen einer Maske.

**Panel 2 | Vom Kooperationsverbot
zum Kooperationsgebot:
Neue Wege der Zusammenarbeit**
Ria Schröder MdB
Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Wolfgang Percy Ott
Vorsitzender der Expertengruppe
„Intelligente Bildungsnetze“
im Digital-Gipfel der Bundesregierung

Prof. Dr. Robert Schwager
Georg-August-Universität Göttingen
Moderation: **Ute Welty**

Schlusswort
Empfang/Lunch
13:30 **Ende der Veranstaltung**

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA Der richtige Ort, um gesund zu werden!

24 JAHRE SEIT 1998 **linik wersbach**
Klinik für Psychosomatik, Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Wir sind für Sie da!
Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach empfiehlt *liven* **GUT LANDSCHEID** *chefergewöhnlich, Bergisch!*
www.gut-landscheid.de • www.landscheider-park.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband Deutscher Realschullehrer
Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)
Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich
Jürgen Böhm
Dachauer Str. 44 a • 80335 München
Tel.: +49 (89) 55 38 76
Fax: +49 (89) 55 38 19
info@vdr-bund.de

Verlag
Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout
Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin
Waltraud Eder
Dachauer Str. 44 a • 80335 München
Tel.: +49 (0) 1520 1957242
eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam
Bernd Bischoff, Sven Christoffer,
Dirk Meußner, Anna Katharina Müller
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder des Autors wieder.

Wissenschaftlicher Beirat
Prof. Dr.-Ing. Klaus Becker,
Dr. Matthias Burchardt,
Prof. Dr. Konrad Fees,
Prof. Dr. Jochen Krautz,
Prof. Dr. Thomas Retzmann

Zuschriften
Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Chefredaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nachdrucks, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung
A.V.I. A.V.I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH
Hauptstraße 68 a
30916 Isernhagen
Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0
Fax: + 49 (05139)98 56 59-9
info@avi-fachmedien.de
z. z. gültige Preisliste Nr. 12 vom 1.1.2022

Bestellungen und Adressänderungen
Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial
Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise
Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen
Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche
MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand
Pfaffenhofen

Anzeigenschluss für die Ausgabe Nr. 3-4/2022 ist der 24. September 2022



W Doppel**Vorteil**

Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Den Traum vom Eigenheim realisieren, die Anschlussfinanzierung regeln oder die erforderlichen Modernisierungs-Maßnahmen umsetzen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung.

dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

E-Mail: dbb@wuestenrot.de

Telefon: 0228 2590-1532

 wohnen heißt
wüstenrot

Eine Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

**Partner im
dbb vorsorgewerk**

 **wüstenrot**